

Von: Ronny Schulz <r.schulz@golssen.de>
Gesendet: Montag, 27. Februar 2023 22:37
An: amtsdirektor@unterspreewald.de; Paulick, Manuela;
zentraldienst@unterspreewald.de
Cc: Annett Schmidt; Vincent-Julian Fuchs
Betreff: Hauptsatzung (archiviert im Winyard DMS)
Anlagen: Änderungsantrag Hauptsatzung.pdf; Lesefassung Entwurf
Hauptsatzung.docx

Sehr geehrte Frau Paulick, sehr geehrter Herr Kehling,

zunächst möchte ich mich bei Ihnen für die Übersendung des Schriftsatzes der Kommunalaufsicht vom 06.02.23, bei mir eingegangen am 18.02.23 bedanken.

Ich hatte selbstverständlich Ihrerseits auf eine entsprechende rechtliche Würdigung bezogen auf unseren konkreten Sachverhalt gehofft. Dies hatte ich von Ihnen mit meiner Anfrage vom 17.01.23 schließlich erbeten.

Im beigefügten Änderungsantrag zur BV 107-2022 ist nunmehr weiterhin im § 2 (neu) der Absatz 7 enthalten (in Rot gekennzeichnet). Ich bitte Sie die entsprechende Diskussion in der SVV unter haushaltsrechtlichen, wirtschaftlichen und kommunalrechtlichen (entsprechend des Schreibens der KA) Aspekten zu moderieren. Im Ergebnis der Diskussion wird sich dann herausstellen, ob der Abs. 7 gestrichen werden soll oder nicht. Da sind wir ergebnisoffen.

Einführung zum Änderungsantrag der UBL-Fraktion zur BV 107-2022 Hauptsatzung der Stadt Golßen:

Die UBL -Fraktion beantragt die Änderung der BV 107-2022 entsprechend der beigefügten Synopse, bzw. Lesefassung der Hauptsatzung der Stadt Golßen.

Begründung:

Die vorliegende neue Fassung basiert auf der aktuellen Hauptsatzung aus dem Jahr 2021, welche durch die Kommunalaufsicht nicht beanstandet wurde.

Gleichzeitig sind darin die Hinweise der Verwaltung und alle Regelungen der Einwohnerbeteiligungssatzung enthalten.

Darüber hinaus wurde die Hauptsatzung neu und übersichtlich strukturiert, angelehnt an die Systematik der Kommunalverfassung.

Mit freundlichen Grüßen

Ronny Schulz

Fraktionsvorsitzender UBL-Golßen

Telefon:  durch Verwaltung geschwärzt 28.02.2023

E-Mail: r.schulz@golssen.de

Internet: www.golssen.de

Diese Nachricht wurde von einem Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Golßen gesendet.

Die zuständige Verwaltung für die Stadt Golßen ist das Amt Unterspreewald.

Diese Nachricht kann vertrauliche und gesetzlich geschützte Informationen enthalten. Sie ist ausschließlich für den Adressaten bestimmt. Wenn Sie nicht der beabsichtigte Adressat sind oder wenn Sie nicht für die Weiterleitung der Nachricht an den beabsichtigten Empfänger verantwortlich sind, teilen wir Ihnen hiermit mit, dass das Weiterleiten, Verteilen oder Kopieren dieser Mail untersagt ist. Wenn Sie diese Mail irrtümlicherweise erhalten haben, löschen Sie sie bitte und informieren Sie uns unverzüglich.

Hauptsatzung der Stadt Golßen vom

Aufgrund der §§ 4 und 28 Abs. 2 Nr. 2 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18. Dezember 2007 (GVBl. I S. 286), in der derzeit geltenden Fassung, hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Golßen in ihrer Sitzung am folgende Hauptsatzung beschlossen.

Inhaltsübersicht

1. Abschnitt: Stadt

- § 1 Status der Stadt
- § 2 Stadtgebiet, Ortsteile
- § 3 Stadtwappen, Stadtflagge, Dienstsiegel

2. Abschnitt: Grundsätze für Satzungen oder sonstige Veröffentlichungen

- § 4 Geschlechtsspezifische Formulierungen

3. Abschnitt: Einwohnerbeteiligung

- § 5 Beteiligung und Unterrichtung der Einwohner
- § 6 Beteiligung und Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen
- § 7 Einwohnerfragestunde
- § 8 Einwohnerversammlung
- § 9 Einwohnerbefragung
- § 10 Einwohnerunterrichtung
- § 11 Petitionen

4. Abschnitt: Beiräte und Beauftragte

- § 12 Gleichstellung und soziale Integration
- § 13 Seniorenbeirat

5. Abschnitt: Stadtverordnetenversammlung

- § 14 Öffentlichkeit der Sitzungen
- § 15 Mitteilungspflicht über den ausgeübten Beruf oder andere Tätigkeiten
- § 16 Wertgrenzen bei der Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung über Vermögensgegenstände der Stadt
- § 17 Hauptausschuss
- § 18 Weitere beratende Ausschüsse

6. Abschnitt: Gemeindebedienstete

- § 19 Entscheidungen zu Arbeitnehmern und Beamten

7. Abschnitt: Sonstige Angelegenheiten

- § 20 Bekanntmachungen
- § 21 Öffentliche Zustellung
- § 22 In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten

1.Abschnitt: Stadt

§ 1 Name der Stadt

- (1) Die Stadt führt den Namen Golßen.
- (2) Sie hat die Rechtsstellung einer amtsangehörigen Stadt und gehört dem Amt Unterspreewald an.

§ 2 Stadtgebiet, Ortsteile

- (1) Das Stadtgebiet umfasst die Gemarkungen Golßen, Altgolßen, Mahlsdorf, Zützen und Gersdorf. Die räumliche Abgrenzung des Stadtgebietes ergibt sich aus der als Anlage 1 beigefügten Karte, die Bestandteil dieser Satzung ist.
- (2) In der Stadt Golßen bestehen die folgenden Ortsteile im Sinne von §§ 45 ff BbgKVerf:
 1. Ortsteil Zützen mit den Gemeindeteilen Sagritz und Gersdorf, in den Grenzen der Gemarkung Zützen und Gersdorf
 2. Ortsteil Mahlsdorf, in den Grenzen der Gemarkung Mahlsdorf.
- (3) Im Ortsteil Zützen ist ein Ortsbeirat mit 3 Mitgliedern direkt zu wählen. Die Wahlperiode sowie das Wahlverfahren richten sich nach den Bestimmungen des Brandenburgischen Kommunalwahlgesetzes.
- (4) Im Ortsteil Mahlsdorf besteht der Ortsbeirat aus 3 Mitgliedern.

Die unmittelbare Wahl des Ortsbeirates erfolgt in einer Bürgerversammlung. Die Bürgerversammlung besteht aus den nach § 86 Brandenburgischen Kommunalwahlgesetzes (nachfolgend BbgKWahlG) in dem Ortsteil wahlberechtigten Personen. Die Bürgerversammlung ist beschlussfähig, wenn ordnungsgemäß geladen wurde und mindestens 15 v.H. der Bürger anwesend sind. Die Einberufung erfolgt durch öffentliche Bekanntmachung von Ort, Zeit und Tagesordnung der Bürgerversammlung durch den Amtsdirektor in der nach § 14 Abs. 5 der Wahlleiter führt den Vorsitz der Bürgerversammlung. Gewählt wird geheim. Durch einstimmigen Beschluss der Bürgerversammlung kann vor der Wahl auf eine geheime Abstimmung verzichtet werden. Jeder in der Bürgerversammlung anwesende Wahlberechtigte kann Bewerber zur Wahl vorschlagen. Zur Wahl dürfen nur diejenigen Vorgesetzten zugelassen werden, die gegenüber dem Vorsitzenden ihr Einverständnis zur Kandidatur erklärt haben. Jeder Wahlberechtigte hat so viele Stimmen, wie Mitglieder des Ortsbeirates zu wählen sind und kann jedem Bewerber nicht mehr als eine Stimme geben. Zu Mitgliedern des Ortsbeirates gewählt sind die Bewerber, welche jeweils die meisten Stimmen auf sich vereinigen. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los, das der Vorsitzende zieht. Die Bürgerversammlung kann vor der Wahl abweichendes beschließen. Die gewählten Bewerber haben gegenüber dem Vorsitzenden in der Bürgerversammlung zu erklären, ob sie die Wahl annehmen. Nicht gewählte Kandidaten sind in der Reihenfolge der auf sie entfallenden Stimmenzahlen Ersatzpersonen. Für den Verlust der Mitgliedschaft gilt § 59 Abs. 1 Nr. 1 bis 7 BbgKWahlG entsprechend. Der Verzicht ist nur wirksam, wenn er gegenüber dem Wahlleiter erklärt wird. Der Wahlleiter stellt in den Fällen des § 59 Abs. 1 Nr. 1 bis 4, 6 und 7 des BbgKWahlG den Verlust der Mitgliedschaft unverzüglich fest. Lehnt ein gewählter Bewerber die Wahl ab, stirbt ein Mitglied oder verliert es seinen Sitz, so geht der Sitz auf die erste Ersatzperson über. Der Wahlleiter benachrichtigt die Ersatzperson und gibt den Übergang des Sitzes in der Form des § 14 Abs. 5 der Hauptsatzung öffentlich bekannt. Die §§ 35, 36, 37, 39 Abs.1 und Abs. 2 Satz 1 BbgKVerf gelten ergänzend entsprechend. An die Stelle gesetzlich besonders vorgeschriebener Mehrheiten tritt die Mehrheit der anwesenden wahlberechtigten Personen. Über die Bürgerversammlung ist eine Niederschrift zu fertigen. Die Wahlprüfung ist Sache der Stadtverordnetenversammlung. Es gelten die §§ 55 bis 58 BbgKWahlG entsprechend.
- (5) Jeder Ortsbeirat ist vor der Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung gemäß § 46 BbgKVerf anzuhören.
- (6) Die Sitzungen jedes Ortsbeirates sind grundsätzlich öffentlich. § 9 Abs. 2 gilt entsprechend.

(7) Die Absätze (2) bis (6) entfallen mit Auslaufen der aktuellen Wahlperiode (2019 bis 2024) ersatzlos.

§ 3 Wappen und Flagge

(1) Die Stadt führt ein Wappen. Die Beschreibung ergibt sich aus dem Gutachten des Brandenburgischen Landeshauptarchivs vom 2. Juni 1992. Das Muster ist der Anlage 2 beigelegt. Beschreibung des Wappens: Von Rot über Silber geteilt; oben eine durchgängige silberne Mauer mit drei Türmen bedeckt, die mit Fenstern und blauen Spitzdächern versehen sind, sowie einem offenen roten Tor, unten ein auf grünem Boden links hin schreitender schwarzer Eber (links im heraldischen Sinn vom Schildträger ausgesehen).

(2) Die Stadt führt eine Flagge. Die Beschreibung der Flagge ergibt sich aus dem Gutachten des Brandenburgischen Landeshauptarchivs vom 8. Juni 2016. Das Muster ist der Anlage 2 beigelegt. Beschreibung der Flagge: Von Rot, Weiß und Rot (Rot, Silber, Rot) zweimal im Verhältnis 1:2:1 gespalten, im Mittelstreifen mit dem Stadtwappen belegt.

2. Abschnitt: Grundsätze für Satzungen oder sonstige Veröffentlichungen

§ 4 Geschlechtsspezifische Formulierungen

Sind Funktionen in dieser Satzung oder in anderen Satzungen oder Veröffentlichungen der Stadt Golßen mit einem geschlechtsspezifischen Begriff bezeichnet, beschreibt dieser Begriff die Funktion stets unabhängig von der Geschlechtsidentität der sie bekleidenden Person.

3. Abschnitt: Einwohnerbeteiligung

§ 5 Beteiligung und Unterrichtung der Einwohner

(1) Die Stadt beteiligt und unterrichtet die betroffenen Einwohner in wichtigen Angelegenheiten insbesondere mit folgenden Mitteln:

- a) Einwohnerfragestunde
- b) Einwohnerversammlung
- c) Einwohnerbefragung
- d) Informationen und Bekanntmachungen im Amtsblatt und in den Bekanntmachungskästen
- e) Auslegen der öffentlichen Beschlussvorlagen zur Einsicht für die Einwohner im jeweiligen Sitzungsraum
- f) Einwohnerantrag gemäß § 14 BbgKVerf
- g) Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 15 BbgKVerf

(2) Eine wichtige Angelegenheit liegt vor, wenn diese nicht nur eine geringe oder vorübergehende Auswirkung auf das Zusammenleben und das Leben der Einwohner der Stadt oder des Ortsteils hat. Die Betroffenheit der Einwohner wird dann angenommen, wenn eine Angelegenheit nach Satz 1 mittelbar oder unmittelbar Einfluss auf deren Lebensumstände haben kann.

§ 6 Beteiligung und Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen

(1) Kinder und Jugendliche werden in Stadtangelegenheiten beteiligt und ihnen wird eine Mitwirkungsmöglichkeit eingeräumt, wenn sie von den Stadtangelegenheiten berührt sind.

(2) Die in § 5 Absatz 1 Nr. 1 bis 3 genannten Formen sind für die Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen offen.

Darüber hinaus richtet die Stadt Golßen folgende weitere Formen der Beteiligung und Mitwirkung ein:

1. Die Stadtverordnetenversammlung kann einen Vertreter als Kinder- und Jugendbeauftragten benennen, der die Interessen der Kinder und Jugendlichen wahrnimmt.

2. Den Jugendsprechern, die von den Vereinen oder Jugendclubs benannt werden, wird die Möglichkeit eingeräumt, die Interessen der Kinder und Jugendlichen in der Stadtverordnetenversammlung zu vertreten.

3. Ferner wird auch den gewählten Schulsprechern die in Abs. 2 Nr. 2 bezeichnete Möglichkeit eingeräumt.

4. Im Rahmen der Stadtverordnetenversammlung wird der Tagesordnungspunkt Kinder- und Jugendfragestunde im Anschluss an die Einwohnerfragestunde dauerhaft eingeführt.

(3) Bei der Durchführung von Planungen und Vorhaben, die die Interessen der Kinder und Jugendlichen berühren, überwacht der Kinder- und Jugendbeauftragte nach Abs. 2 Nr. 1 die Beteiligung.

(4) Über die die Kinder und Jugendliche betreffenden Stadtangelegenheiten informiert der Kinder- und Jugendbeauftragte. Ferner kann die Bekanntgabe auch über weitere Kanäle wie Aushänge in Kindergärten, in Jugendclubs, in der Grundschule und in sozialen Medien erfolgen.

§ 7 Einwohnerfragestunde

(1) In öffentlichen Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung sind alle Personen, die in der Stadt ihren ständigen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben (Einwohner), berechtigt, kurze mündliche Fragen zu Beratungsgegenständen dieser Sitzung oder anderen Stadtangelegenheiten an die Stadtverordnetenversammlung oder den Amtsdirektor zu stellen sowie Vorschläge oder Anregungen zu unterbreiten (Einwohnerfragestunde).

Die Einwohnerfragestunde soll 30 Minuten nicht überschreiten. Jeder Einwohner kann sich im Regelfall zu bis zu drei unterschiedlichen Themen zu Wort melden. Die Wortmeldungen sollen drei Minuten nicht überschreiten. Kann eine Frage nicht in der Sitzung mündlich beantwortet werden, ist eine schriftliche Antwort zugelassen.

(2) Abs. 1 gilt für die Kinder- und Jugendfragestunde entsprechend.

§ 8 Einwohnerversammlung

(1) Wichtige Stadtangelegenheiten sollen mit den Einwohnern erörtert werden. Zu diesem Zweck können Einwohnerversammlungen für das Gebiet und Teile des Gebietes der Stadt durchgeführt werden.

(2) Der ehrenamtliche Bürgermeister beruft unter Angabe der Tagesordnung und ggf. des Gebietes, auf das die Einwohnerversammlung begrenzt wird, die Einwohnerversammlung ein. Die Einberufung erfolgt durch öffentliche Bekanntmachung von Ort, Zeit und Tagesordnung der Einwohnerversammlung entsprechend den Vorschriften für die Bekanntmachung der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung. Der ehrenamtliche Bürgermeister oder eine von ihm beauftragte Person leitet die Einwohnerversammlung. Alle Personen, die in der Stadt bzw. in dem begrenzten Gebiet ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben, haben bei der Meinungsfindung in der Einwohnerversammlung Rede- und Stimmrecht. Über die Einwohnerversammlung ist eine Niederschrift zu fertigen. Die Niederschrift ist vom Sitzungsleiter zu unterzeichnen und dem Amtsdirektor und der Stadtverordnetenversammlung zuzuleiten.

(3) Die Einwohnerschaft kann beantragen, dass eine Einwohnerversammlung durchgeführt wird. Der Antrag muss schriftlich eingereicht werden und die zu erörternde Stadtangelegenheit bezeichnen. Der Antrag darf nur Angelegenheiten angeben, die innerhalb der letzten zwölf Monate nicht bereits Gegenstand einer Einwohnerversammlung waren.

Antragsberechtigt sind alle Einwohner. Der Antrag muss von mindestens fünf vom Hundert der Einwohner der Stadt unterschrieben sein.

§ 9 Einwohnerbefragung

(1) Die Stadtverordnetenversammlung kann in wichtigen Angelegenheiten gemäß § 5 dieser Satzung der örtlichen Gemeinschaft (§ 2 BbgKVerf) auf Antrag von mindestens einem Zehntel der Stadtverordneten, von einer Fraktion oder vom Bürgermeister

eine Befragung der betroffenen Einwohner des gesamten Stadtgebietes oder einzelner Gebietsteile beschließen. Dieser Beschluss ist mit der Mehrheit der gesetzlichen Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung zu fassen. Der Beschluss muss eine Sachverhaltsdarstellung, die konkrete Fragestellung sowie den Zeitraum für die Befragung sowie die zu befragende Einwohnerschaft oder Bevölkerungsgruppe angeben. Der Befragungszeitraum soll frühestens 8 Wochen, spätestens 12 Wochen nach Beschlussfassung beginnen und einen Zeitraum von vier Wochen umfassen. Der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung ist zeitnah in vollem Wortlaut im Amtsblatt für das Amt Unterspreewald bekanntzugeben.

(2) Die Frage ist grundsätzlich so zu stellen, dass sie mit „Ja“ oder „Nein“ beantwortet werden kann oder eine eindeutige Auswahl zwischen unterschiedlichen Varianten möglich ist.

(3) Teilnahmeberechtigt sind alle Einwohner der Stadt Golßen, die am Befragungstag oder am letzten Tag des Befragungszeitraumes das 16. Lebensjahr vollendet haben und mindestens seit drei Monaten vor Beginn des Befragungszeitraumes in der Stadt ihren Wohnsitz haben.

(4) Die Leitung der Vorbereitung und Durchführung der Befragung sowie die Feststellung und öffentliche Bekanntgabe des Ergebnisses obliegt dem ehrenamtlichen Bürgermeister gemeinsam mit dem Amtsdirektor als Hauptverwaltungsbeamten. Die Befragung erfolgt in Form einer Briefwahl entsprechend den Vorschriften des BbgKWahlG. Eine Wahl im Rathaus ist ausgeschlossen. Den betroffenen Einwohnern ist der Befragungsinhalt so rechtzeitig zuzusenden, dass diese ihn vor Beginn des Befragungszeitraumes erhalten. Die Rücksendung oder Rückgabe der Befragungsunterlagen muss bis zum dritten Tag nach dem Ende des Befragungszeitraumes bewirkt sein. Später eingegangene Briefe bleiben bei der Auswertung unberücksichtigt. Die Auswertung der Befragung muss binnen zwei Wochen nach Ende des Befragungszeitraumes abgeschlossen sein. Der Amtsdirektor macht das Ergebnis der Befragung im nächsten Amtsblatt für die Stadt Golßen

bekannt unter Angabe der Zahl der Befragten, der Zahl der eingegangenen Antworten sowie der Zahl der nicht gültigen und damit nicht ausgewerteten Antworten. Er informiert außerdem die Stadtverordnetenversammlung unverzüglich nach Feststellung des Ergebnisses.

(5) Die Befragung ist gültig, wenn mindestens 20 vom Hundert der Berechtigten teilgenommen haben. Das Ergebnis der Befragung ist nicht bindend. Das Ergebnis der Befragung soll nach Ablauf des Befragungszeitraums auf der nächsten ordentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung behandelt werden.

§ 10 Einwohnerunterrichtung

(1) Jeder ist berechtigt, Beschlussvorlagen zu den in öffentlicher Sitzung der Stadtverordnetenversammlung und des Hauptausschusses der Stadt Golßen zu behandelnden Tagesordnungspunkten einzusehen.

(2) Dieses Recht kann während der öffentlichen Sprechzeiten der Amtsverwaltung ab dem 5. Tag vor der öffentlichen Sitzung in den Verwaltungsstandorten des Amtes Unterspreewald am Hauptstandort: Markt 1, 15938 Golßen und am Nebenstandort: Hauptstraße 49, 15910 Schönwald im Vorzimmer des Amtsdirektors wahrgenommen werden.

(3) Zusätzlich werden die vorbezeichneten Unterlagen (je ein Exemplar) für den öffentlichen Teil der jeweiligen Sitzung mit der für diese Sitzung bekanntgemachten Tagesordnung für Besucher vor der Sitzung zur Einsichtnahme zur Verfügung gestellt.

(4) Die Niederschriften der öffentlichen Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und des Hauptausschusses werden, sobald sie in der Folgesitzung bestätigt wurden, auf der Internetseite des Amtes Unterspreewald im Ratsinformationssystem der Stadt Golßen veröffentlicht. Dabei werden die Namen und sonstigen persönlichen Angaben von Bürgern, Mitarbeitern der Verwaltung oder sonstigen Rednern mit Ausnahme der Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung anonymisiert.

(5) Nach Beschlussfassung durch den Hauptausschuss bzw. der Stadtverordnetenversammlung können Kopien der Beschlüsse und Niederschriften vom öffentlichen Teil der Sitzungen sowie die Niederschriften aller anderen öffentlichen Sitzungen auch der freiwilligen Ausschüsse der letzten 3 Jahre in den unter Absatz 2 vorbezeichneten Standorten eingesehen werden

§ 11 Petitionen

(1) Petitionen gemäß § 16 BbgKVerf, die an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet sind, sind schriftlich oder zur Niederschrift einzureichen. Sie sind unverzüglich an die Stadtverordnetenversammlung weiterzuleiten.

(2) Der Hauptausschuss wird vorberatend als Petitionsausschuss für die Stadtverordnetenversammlung tätig. Er kann den Petenten anhören. An die Stadtverordnetenversammlung gerichtete Petitionen sind dem Hauptausschuss in seiner nächsten Sitzung unmittelbar vorzulegen. Zu eingegangenen Petitionen legt die Verwaltung dem Hauptausschuss zugleich eine Stellungnahme vor. Der Hauptausschuss trifft seine Entscheidungen unter Beachtung der Zuständigkeiten der Stadtverordnetenversammlung und des Amtsdirektors

(3) Der ehrenamtliche Bürgermeister als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung teilt dem Petenten grundsätzlich innerhalb von vier Wochen nach Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung mit, wie über die Petition entschieden wurde. Auf Grundlage der Empfehlung des Hauptausschusses und der Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung legt der Amtsdirektor dem ehrenamtlichen Bürgermeister innerhalb von zwei Wochen nach der Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung einen Antwortvorschlag hierfür vor.

4. Abschnitt Beiräte und Beauftragte

§ 12 Gleichstellung und soziale Integration

(1) Die Aufgabe der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Golßen wird von der Gleichstellungsbeauftragten des Amtes Unterspreewald wahrgenommen. Die Gleichstellungsbeauftragte vom Amt Unterspreewald wird vom Amtsausschuss auf Vorschlag des Amtsdirektors benannt.

Er wirkt auf die Gleichstellung von Frau und Mann in Beruf, öffentlichem Leben und Ausbildung, Familie

sowie in den Bereichen der sozialen Sicherheit hin. Ihm obliegen darüber hinaus die Aufgabenbereiche für die soziale Integration der Einwohner mit Behinderungen und der Einwohner, die nicht über die deutsche Staatsangehörigkeit verfügen.

(2) Dem Gleichstellungsbeauftragten ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, bevor Maßnahmen getroffen und Beschlüsse gefasst werden, die Auswirkungen auf die Gleichstellung von Frau und Mann haben. Weichen seine Auffassungen von denen des Amtsdirektors oder des ehrenamtlichen Bürgermeisters ab und ist ein Einvernehmen nicht zu erreichen, hat er das Recht, sich an die Stadtverordnetenversammlung oder die zuständigen Ausschüsse zu wenden.

(3) Der Gleichstellungsbeauftragte nimmt dieses Recht wahr, indem er sich an den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung oder des Ausschusses wendet und den abweichenden Standpunkt schriftlich darlegt. Der Vorsitzende unterrichtet die Stadtverordnetenversammlung oder den Ausschuss hierüber in geeigneter Weise und kann dem Gleichstellungsbeauftragten Gelegenheit geben, den abweichenden Standpunkt in einer der nächsten Sitzungen persönlich vorzutragen.

(4) Für die weiteren Rechte, Aufgaben, Kompetenzen und die dienstliche Stellung gelten die §§ 22 bis 24 des Gesetzes zur Gleichstellung von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst im Land Brandenburg entsprechend.

§ 13 Seniorenbeirat

(1) Zur Vertretung der Interessen der Senioren der Stadt Golßen benennt die Stadtverordnetenversammlung auf Vorschlag der drei nach Mitgliedern stärksten Fraktionen für einen Zeitraum von 3 Jahren einen Seniorenbeirat.

Jede Fraktion hat das Vorschlagsrecht für ein Beiratsmitglied.

Zählt die Stadtverordnetenversammlung weniger als drei Fraktionen, hat bei zwei Fraktionen die nach Mitgliedern stärkste zwei Vorschlagsrechte, die übrige Fraktion ein Vorschlagsrecht. Bei einer Fraktion steht dieser das alleinige Vorschlagsrecht zu.

Der Beirat führt die Bezeichnung „Seniorenbeirat der Stadt Golßen“.

(2) Dem Beirat gehören 3 Mitglieder für die Organisation an. Mitglied des Seniorenbeirates können nur Personen sein, die ihren Hauptwohnsitz in der Stadt Golßen haben. Sie sind ehrenamtlich (§ 20 BbgKVerf) tätig.

(3) Der Seniorenbeirat ist zu allen Stadtverordnetenversammlungen einzuladen und kann am öffentlichen Teil der Sitzung teilnehmen.

5. Abschnitt Stadtverordnetenversammlung

§ 14 Öffentlichkeit der Sitzungen

(1) Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung werden spätestens 5 Tage vor der Sitzung nach § 13 Abs. 4 dieser Hauptsatzung bekannt gemacht.

(2) Die Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse sind öffentlich. Die Öffentlichkeit ist auszuschließen, wenn überwiegend Belange des öffentlichen Wohls oder berechnete Interessen Einzelner es erfordern.

Dies ist regelmäßig bei folgenden Gruppen von Angelegenheiten der Fall:

- a) Personal- und Disziplinarangelegenheiten,
- b) Grundstücksgeschäfte,
- c) Abgaben- und Wirtschaftsangelegenheiten Einzelner,
- d) Aushandlungen von Verträgen mit Dritten.

§ 15 Mitteilungspflicht von ausgeübtem Beruf oder anderer Tätigkeit

(1) Stadtverordnete und sachkundige Einwohner teilen dem ehrenamtlichen Bürgermeister als Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung innerhalb von vier Wochen nach der konstituierenden Sitzung der Stadtverordnetenversammlung bzw. im Falle einer Berufung als Ersatzperson nach Annahme der Wahl schriftlich ihren ausgeübten Beruf sowie andere vergütete oder ehrenamtliche Tätigkeiten mit, soweit sie für die Ausübung des Mandates von Bedeutung sein kann. Anzugeben sind:

1. der ausgeübte Beruf mit Angabe des Arbeitgebers bzw. des Dienstherrn und der Art der Beschäftigung oder Tätigkeit. Bei mehreren ausgeübten Berufen ist der Schwerpunkt der Tätigkeit anzugeben.
2. jede Mitgliedschaft im Vorstand, Aufsichtsrat oder einem gleichartigen Organ einer juristischen Person mit Sitz oder Tätigkeitsschwerpunkt in der Stadt.

(2) Jede Änderung der nach Absatz 1 gemachten Angaben ist dem Bürgermeister als Vorsitzendem der Stadtverordnetenversammlung innerhalb von vier Wochen nach ihrem Eintritt schriftlich mitzuteilen.

(3) Die Angaben nach Abs. 1 werden nicht bekannt gemacht.

§ 16 Wertgrenzen bei Entscheidungen der Stadtverordnetenversammlung über Vermögensgegenstände der Stadt

(1) Die Stadtverordnetenversammlung ist für alle Angelegenheiten der Stadt zuständig, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist.

(2) Die Stadtverordnetenversammlung behält sich die Entscheidung vor:

- a) über die Übernahme von Bürgschaften, den Abschluss von Gewährverträgen und die Bestellung anderer Sicherheiten für Dritte, sowie Rechtsgeschäfte, die den vorgenannten wirtschaftlich gleichkommen, ferner die Aufnahme von Krediten, ab einem Wert von 20.000 EURO, es sei denn, es handelt sich um ein Geschäft der laufenden Verwaltung.
 - b) über den Abschluss, die Änderung und Aufhebung von Grundstücks- und Vermögensgeschäften, ab einem Wert von 20.000 EURO, es sei denn, es handelt sich um ein Geschäft der laufenden Verwaltung.
 - c) Stundung, Niederschlagung und Erlass von Forderungen und öffentlichen Abgaben der Stadt ab einem Wert 2.500 EURO.
- (3) Die Stadtverordnetenversammlung behält sich folgendes Geschäft vor, soweit es sich nicht um eine Angelegenheit der Gefahrenabwehr handelt, für das ansonsten der Amtsdirektor zuständig ist: - Zustimmung von Vergabeentscheidungen der Verwaltung bei Auftragsvergaben nach VOB, UVgO, VgV, GWB ab einem Wert von 20.000 EURO. Davon ausgenommen ist die Zustimmung zur Verfahrensbekanntmachung und zu den Vergabeunterlagen.
- (4) Das Geschäft der laufenden Verwaltung sind anfallende wiederkehrende (Routine-Geschäfte). Das Vorliegen eines Geschäfts der laufenden Verwaltung ist jeweils mit Blick auf die Finanz- und Verwaltungskraft zu beurteilen. Die interne Entscheidungsbefugnis über die Vornahme eines Geschäfts der laufenden Verwaltung liegt beim Hauptverwaltungsbeamten.

§ 17 Hauptausschuss

- (1) Der Hauptausschuss hat die Arbeiten der Ausschüsse aufeinander abzustimmen und kann zu jeder Stellungnahme eines anderen Ausschusses eine eigene Stellungnahme gegenüber der Stadtverordnetenversammlung abgeben.
- (2) Die Stadtverordnetenversammlung legt in ihrer ersten Sitzung die Anzahl der Stadtverordneten, die Mitglied im Hauptausschuss sind, fest und wählt die Mitglieder nach § 41 BbgKVerf aus ihrer Mitte.
- (3) Der Vorsitzende wird aus der Mitte der Mitglieder des Hauptausschusses gewählt, sofern nicht die Stadtverordnetenversammlung in ihrer ersten Sitzung beschließt, dass der ehrenamtliche Bürgermeister den Vorsitz im Hauptausschuss führt. (4) Der Hauptausschuss verhandelt in öffentlicher Sitzung mit Ausnahme der Angelegenheiten entsprechend § 14 Abs. 2 dieser Satzung.
- (5) Der Hauptausschuss beschließt über Angelegenheiten, die nicht der Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung bedürfen oder die nicht dem Amtsdirektor obliegen, insbesondere über:
- a) die Übernahme von Bürgschaften, den Abschluss von Gewährverträgen und die Bestellung anderer Sicherheiten für Dritte sowie Rechtsgeschäfte, die den vorgenannten wirtschaftlich gleichkommen, ferner die Aufnahme von Krediten bis zu einem Wert von 20.000 EURO, es sei denn, es handelt sich um ein Geschäft der laufenden Verwaltung,
 - b) den Abschluss, die Änderung und Aufhebung von Grundstücks- und Vermögensgeschäften, bis zu einem Wert von 20.000 EURO, es sei denn, es handelt sich um ein Geschäft der laufenden Verwaltung,
 - c) Zustimmung von Vergabeentscheidungen der Verwaltung bei Auftragsvergaben nach VOB; UVgO, bis zu einem Wert von 20.000 EURO, es sei denn, es handelt sich um ein Geschäft der laufenden Verwaltung. Davon ausgenommen ist die Zustimmung zur Verfahrensbekanntmachung und zu den Vergabeunterlagen.
 - d) Beschwerden und Anregungen, die an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet sind,
 - e) Stundung, Niederschlagung und Erlass von Forderungen und öffentlichen Abgaben der Stadt bis zu einem Wert von 2.500 EURO.
- (6) Das Geschäft der laufenden Verwaltung sind anfallende wiederkehrende (Routine-Geschäfte). Das Vorliegen eines Geschäfts der laufenden Verwaltung ist jeweils mit Blick auf die Finanz- und Verwaltungskraft zu beurteilen. Die interne Entscheidungsbefugnis über die Vornahme eines Geschäfts der laufenden Verwaltung liegt beim Hauptverwaltungsbeamten.

§ 18 Weitere beratende Ausschüsse

(1) Die Stadtverordnetenversammlung bildet zur Vorbereitung ihrer Beschlüsse beratende Ausschüsse. Die Einrichtung von Unterausschüssen und Arbeitskreisen innerhalb von Fachausschüssen bedarf der Zustimmung des Hauptausschusses

(2) Zahl, Art und personelle Stärke werden grundsätzlich zu Beginn einer jeden Wahlperiode durch Beschluss der Stadtverordnetenversammlung festgelegt. Die Einrichtung von Unterausschüssen und Arbeitskreisen ist jederzeit durch entsprechenden Beschluss möglich. Die Fraktionen benennen entsprechend ihrem Vorschlagsrecht die Ausschussmitglieder und ihre Stellvertreter gegenüber dem ehrenamtlichen Bürgermeister. Die Stadtverordnetenversammlung stellt die Sitzverteilung und die namentliche Ausschussbesetzung durch deklaratorischen Beschluss fest. Näheres regelt die Geschäftsordnung der Stadt Golßen.

6. Abschnitt Gemeindebedienstete

§ 19 Entscheidungen zu Arbeitnehmern und Beamten der Stadt

(1) Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

a. über das Ergebnis des Bewerberauswahlverfahrens bei der Begründung eines Beamtenverhältnisses

b. über die Einstellung und Entlassung von tariflich Beschäftigten der Stadt Golßen

(2) Die Stadtverordnetenversammlung ist an der Vorbereitung der Ausschreibung und am Auswahlverfahren aller Stellen der Stadt Golßen zu beteiligen. Dabei soll der Ausschreibungstext durch Mehrheitsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung bestätigt werden und mindestens ein Vertreter jeder Fraktion bei den Auswahlgesprächen beteiligt sein.

(3) Der ehrenamtliche Bürgermeister oder ein von ihm Beauftragter führt mindestens zweimal im Jahr Mitarbeitergespräche mit allen Mitarbeitern der Stadt zur Förderung, Motivation und zur Ermittlung der Bedarfe für die Haushaltsplanung durch.

7. Abschnitt Sonstige Angelegenheiten

§ 20 Bekanntmachungen

(1) Bekanntmachungen erfolgen durch den Amtsdirektor.

(2) Soweit keine sondergesetzlichen Vorschriften bestehen, erfolgen öffentliche Bekanntmachungen der Stadt, die durch Rechtsvorschriften vorgeschrieben sind, durch Veröffentlichungen des vollen Wortlautes im Amtsblatt für das Amt Unterspreewald mit den Gemeinden Bersteland, Drahnsdorf, Kasel-Golzig, Krausnick-Groß Wasserburg, Rietzneuendorf-Staakow, Schlepzig, Schönwald, Steinreich, Unterspreewald und der Stadt Golßen. Dies umfasst auch durch Rechtsvorschrift vorgeschriebene ortsübliche Bekanntmachungen. Soweit eine Veröffentlichung im Internet vorgeschrieben ist, erfolgt diese auf der Internetseite des Amtes Unterspreewald.

(3) Sind Pläne, Karten oder Zeichnungen Bestandteil einer Satzung oder eines sonstigen Schriftstückes, kann die öffentliche Bekanntmachung dieser Teile in der nach Absatz 2 vorgeschriebenen Form dadurch ersetzt werden, dass sie zu jedermanns Einsicht während der öffentlichen Sprechzeiten ausgelegt werden (Ersatzbekanntmachung). Die Ersatzbekanntmachung wird vom Amtsdirektor angeordnet. Die Anordnung muss die genauen Angaben über Ort und Dauer der Auslegung enthalten und ist zusammen mit der Satzung nach Absatz 2 zu veröffentlichen. Die Dauer der Auslegung beträgt, sofern gesetzlich nichts anderes bestimmt wird, 14 Kalendertage. Beginn und Ende der Auslegung sind aktenkundig zu machen.

(4) Abweichend von Absatz 2 werden Zeit, Ort, und Tagesordnung der Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und der eingerichteten Ausschüsse durch Aushang in den aufgeführten Bekanntmachungskästen der Stadt Golßen öffentlich bekannt gemacht:

Golßen:

Bahnhofstraße 15

Hauptstraße 26/Ecke Lübbener Straße

Hauptstraße 41 (Klinkermauer)

Altgolßen:

Dorfstraße 20

Prierow:

gegenüber Prierow Nr. 14

Landwehr:

Landwehr 16

OT Mahlsdorf:

vor dem Grundstück - Mahlsdorf Nr. 18 A

OT Zützen:

Zützen - vor dem Grundstück – Am Gutshof 10 Sagritz - vor dem Grundstück - Sagritz 17 –

Gersdorf - vor dem Grundstück - Gersdorf 22 –

Die Schriftstücke sind 5 volle Tage vor dem Sitzungstag auszuhängen, den Tag des Anschlages nicht mitgerechnet. Die Abnahme darf frühestens am Tag nach der Sitzung erfolgen. Der Tag des Anschlags ist beim Anschlag und der Tag der Abnahme bei der Abnahme auf dem ausgehängten Schriftstück durch die Unterschrift des jeweiligen Bediensteten zu vermerken. Bei abgekürzter Ladungsfrist erfolgt der Aushang am Tag, nachdem die Ladung zur Post gegeben wurde.

(5) Abweichend von Absatz 2 werden Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzungen der Ortsbeiräte durch Aushang in den nachstehen aufgeführten Bekanntmachungskästen der Stadt im jeweiligen Ortsteil öffentlich bekannt gemacht:

Ortsbeirat des Ortsteiles Zützen:

Zützen - vor dem Grundstück – Am Gutshof 10 - Sagritz - vor dem Grundstück - Sagritz 17

Gersdorf - vor dem Grundstück - Gersdorf 22 – Ortsbeirat des Ortsteiles Mahlsdorf:

vor dem Grundstück - Mahlsdorf Nr. 18 A

(6) Die öffentliche Zustellung erfolgt gemäß § 1 Abs. 1 Verwaltungszustellungsgesetz für das Land Brandenburg (BbgVwZg) vom 18.10.1991 (GVBl. I S. 457) i. V. m. § 15 Verwaltungszustellungsgesetz (VwZg) vom 12.08.2005 (BGBl. I S. 2354), beide Gesetze in der jeweils geltenden Fassung, durch den Aushang in den in Absatz 4 genannten Bekanntmachungskästen.

§ 21 Öffentliche Zustellung

Die öffentliche Zustellung erfolgt nach § 1 Abs. 1 Verwaltungszustellungsgesetz für das Land Brandenburg in Verbindung mit § 10 Verwaltungszustellungsgesetz durch Veröffentlichung im Amtsblatt für das Amt Unterspreewald.

§ 22 Inkrafttreten und Außerkrafttreten

(1) Diese Hauptsatzung tritt mit dem Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Hauptsatzung vom 22.02.2021 und die Einwohnerbeteiligungssatzung vom 15.12.2008, zuletzt geändert am 18.09.2017 außer Kraft

(2) Sollten einzelne Regelungen dieser Hauptsatzung nichtig oder unwirksam sein, soll dies die Wirksamkeit der übrigen Regelungen nicht berühren.

Golßen,
Daniela Maurer
Ehrenamtliche Bürgermeisterin

Marco Kehling
Amtdirektor

Änderungsantrag zur BV 107 - 2022

Hauptsatzung der Stadt Golßen

Synopsis

GRÜN = Änderung

ROT = Darüber muss dringend gesprochen werden

Orange = wird zur Zeit nicht so praktiziert

<i>Bisher (Stand 2021)</i>	<i>Neu</i>
<p>Inhaltsübersicht Hauptsatzung:</p> <p>§ 1 Name der Stadt (§ 9 BbgKVerf)</p> <p>§ 2 Wappen und Flagge (§ 10 BbgKVerf)</p> <p>§ 3 Förmliche Einwohnerbeteiligung (§ 13 BbgKVerf)</p> <p>§ 4 Gleichstellungsbeauftragte (§ 18 BbgKVerf)</p> <p>§ 5 Entscheidungen der Stadtverordnetenversammlung über Vermögensgegenstände der Stadt (§ 28 Abs. 2 Nr. 17 BbgKVerf)</p> <p>§ 6 Mitteilungspflicht von ausgeübtem Beruf oder anderer Tätigkeit (§ 31 Abs. 3 BbgKVerf)</p> <p>§ 7 Öffentlichkeit der Sitzungen (§ 36 BbgKVerf)</p> <p>§ 8 Beteiligung und Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen (§ 18a BbgKVerf)</p> <p>§ 9 Seniorenbeirat (§ 19 BbgKVerf)</p> <p>§ 10 Hauptausschuss (§ 49 Abs. 1 Satz 2 BbgKVerf)</p> <p>§ 11 Weitere Ausschüsse (§ 43 Abs. 1 BbgKVerf)</p> <p>§ 12 Ortsteile (§§ 45 ff. BbgKVerf)</p> <p>§ 13 Bekanntmachungen</p> <p>§ 14 Geschlechtsspezifische Formulierungen</p> <p>§ 15 Inkrafttreten</p> <p>Inhaltsübersicht Einwohnerbeteiligungssatzung:</p> <p>§ 1 Allgemein</p> <p>§ 2 Einwohnerfragestunde der SVV</p> <p>§ 3 Einwohnerversammlung</p> <p>§ 4 Auslegung und Einsicht von Beschlussvorlagen</p> <p>§ 5 Inkrafttreten</p>	<p>Inhaltsübersicht Hauptsatzung einschl. Einwohnerbeteiligung:</p> <p>1. Abschnitt: Stadt</p> <p>§ 1 Status der Stadt</p> <p>§ 2 Stadtgebiet, Ortsteile (Ortsbeiräte??)</p> <p>§ 3 Stadtwappen, Stadtflagge, Dienstsiegel</p> <p>2. Abschnitt: Grundsätze für Satzungen oder sonstige Veröffentlichungen</p> <p>§ 4 Geschlechtsspezifische Formulierungen</p> <p>3. Abschnitt: Einwohnerbeteiligung (bisher Einwohnerbeteiligungssatzung)</p> <p>§ 5 Beteiligung und Unterrichtung der Einwohner</p> <p>§ 6 Beteiligung und Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen</p> <p>§ 7 Einwohnerfragestunde</p> <p>§ 8 Einwohnerversammlung</p> <p>§ 9 Einwohnerbefragung</p> <p>§ 10 Einwohnerunterrichtung</p> <p>§ 11 Petitionen</p> <p>4. Abschnitt: Beiräte und Beauftragte</p> <p>§ 12 Gleichstellung und soziale Integration</p> <p>§ 13 Seniorenbeirat</p> <p>5. Abschnitt: Stadtverordnetenversammlung</p> <p>§ 14 Öffentlichkeit der Sitzungen</p> <p>§ 15 Mitteilungspflicht über den ausgeübten Beruf oder andere Tätigkeiten</p> <p>§ 16 Wertgrenzen bei der Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung über Vermögensgegenstände der Stadt</p> <p>§ 17 Hauptausschuss</p> <p>§ 18 Weitere beratende Ausschüsse</p> <p>6. Abschnitt: Gemeindebedienstete</p> <p>§ 19 Entscheidungen zu Arbeitnehmern und Beamten</p> <p>7. Abschnitt: Sonstige Angelegenheiten</p>

	§ 20 Bekanntmachungen § 21 Öffentliche Zustellung § 22 In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten
Hauptsatzung der Stadt Golßen vom 22. Februar 2021 Aufgrund der §§ 4 und 28 Abs. 2 Nr. 2 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18. Dezember 2007 (GVBl. I S. 286), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 18. Dezember 2018 (GVBl. I/18, [Nr. 37] S.4), hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Golßen in ihrer Sitzung am 22. Februar 2021 folgende Hauptsatzung beschlossen.	Hauptsatzung der Stadt Golßen vom Aufgrund der §§ 4 und 28 Abs. 2 Nr. 2 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18. Dezember 2007 (GVBl. I S. 286), in der derzeitig geltenden Fassung, hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Golßen in ihrer Sitzung am folgende Hauptsatzung beschlossen.
§ 1 Name der Stadt (§ 9 BbgKVerf) (1) Die Stadt führt den Namen Golßen. (2) Sie hat die Rechtsstellung einer amtsangehörigen Stadt und gehört dem Amt Unterspreewald an. (3) Das Stadtgebiet umfasst die Gemarkungen Golßen, Altgolßen, Mahlsdorf, Zützen und Gersdorf. Die räumliche Abgrenzung des Stadtgebietes ergibt sich aus der als Anlage 1 beigefügten Karte, die Bestandteil dieser Satzung ist.	Abschnitt 1: Stadt § 1 Name der Stadt (1) Die Stadt führt den Namen Golßen. (2) Sie hat die Rechtsstellung einer amtsangehörigen Stadt und gehört dem Amt Unterspreewald an.
§ 12 Ortsteile (§§ 45 ff. BbgKVerf) (1) In der Stadt Golßen bestehen die folgenden Ortsteile im Sinne von §§ 45 ff BbgKVerf: 1. Ortsteil Zützen mit den Gemeindeteilen Sagritz und Gersdorf, in den Grenzen der Gemarkung Zützen und Gersdorf 2. Ortsteil Mahlsdorf, in den Grenzen der Gemarkung Mahlsdorf. (2) Im Ortsteil Zützen ist ein Ortsbeirat mit 3 Mitgliedern direkt zu wählen. Die Wahlperiode sowie das Wahlverfahren richten sich nach den Bestimmungen des Brandenburgischen Kommunalwahlgesetzes. (3) Im Ortsteil Mahlsdorf besteht der Ortsbeirat aus 3 Mitgliedern. Die unmittelbare Wahl des Ortsbeirates erfolgt in einer Bürgerversammlung. Die Bürgerversammlung besteht aus den nach § 82 c Abs. 1 Satz 1 des Brandenburgischen Kommunalwahlgesetzes in dem Ortsteil wahlberechtigten Personen. Die Bürgerversammlung	§ 2 Stadtgebiet, Ortsteile (1) Das Stadtgebiet umfasst die Gemarkungen Golßen, Altgolßen, Mahlsdorf, Zützen und Gersdorf. Die räumliche Abgrenzung des Stadtgebietes ergibt sich aus der als Anlage 1 beigefügten Karte, die Bestandteil dieser Satzung ist. (2) In der Stadt Golßen bestehen die folgenden Ortsteile im Sinne von §§ 45 ff BbgKVerf: 1. Ortsteil Zützen mit den Gemeindeteilen Sagritz und Gersdorf, in den Grenzen der Gemarkung Zützen und Gersdorf 2. Ortsteil Mahlsdorf, in den Grenzen der Gemarkung Mahlsdorf. (3) Im Ortsteil Zützen ist ein Ortsbeirat mit 3 Mitgliedern direkt zu wählen. Die Wahlperiode sowie das Wahlverfahren richten sich nach den Bestimmungen des Brandenburgischen Kommunalwahlgesetzes.

ist beschlussfähig, wenn ordnungsgemäß geladen wurde und mindestens 15 v.H. der Bürger anwesend sind. Die Einberufung erfolgt durch öffentliche Bekanntmachung von Ort, Zeit und Tagesordnung der Bürgerversammlung durch den Amtsdirektor in der nach § 13 Abs. 5 der Hauptsatzung für den Ortsteil bestimmten Form. Der Wahlleiter führt den Vorsitz der Bürgerversammlung. Gewählt wird geheim. Durch einstimmigen Beschluss der Bürgerversammlung kann vor der Wahl auf eine geheime Abstimmung verzichtet werden. Jeder in der Bürgerversammlung anwesende Wahlberechtigte kann Bewerber zur Wahl vorschlagen. Zur Wahl dürfen nur diejenigen Vorgeschlagenen zugelassen werden, die gegenüber dem Vorsitzenden ihr Einverständnis zur Kandidatur erklärt haben. Jeder Wahlberechtigte hat so viele Stimmen, wie Mitglieder des Ortsbeirates zu wählen sind und kann jedem Bewerber nicht mehr als eine Stimme geben. Zu Mitgliedern des Ortsbeirates gewählt sind die Bewerber, welche jeweils die meisten Stimmen auf sich vereinigen. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los, das der Vorsitzende zieht. Die Bürgerversammlung kann vor der Wahl abweichendes beschließen. Die gewählten Bewerber haben gegenüber dem Vorsitzenden in der Bürgerversammlung zu erklären, ob sie die Wahl annehmen. Nicht gewählte Kandidaten sind in der Reihenfolge der auf sie entfallenden Stimmenzahlen Ersatzpersonen. Für den Verlust der Mitgliedschaft gilt § 59 Abs. 1 Nr. 1 bis 7 des Brandenburgischen Kommunalwahlgesetzes (BbgKWahlG) entsprechend. Der Verzicht ist nur wirksam, wenn er gegenüber dem Wahlleiter erklärt wird. Der Wahlleiter stellt in den Fällen des § 59 Abs. 1 Nr. 1 bis 4,6 und 7 des BbgKWahlG den Verlust der Mitgliedschaft unverzüglich fest. Lehnt ein gewählter Bewerber die Wahl ab, stirbt ein Mitglied oder verliert es seinen Sitz, so geht der Sitz auf die erste Ersatzperson über. Der Wahlleiter benachrichtigt die Ersatzperson und gibt den Übergang des Sitzes in der Form des § 13 Abs. 5 der Hauptsatzung öffentlich bekannt. Die §§ 35, 36, 37, 39 Abs.1 und Abs. 2 Satz 1 der Kommunalverfassung für das Land Brandenburg gelten ergänzend entsprechend. An die Stelle gesetzlich besonders vorgeschriebener Mehrheiten tritt die Mehrheit der anwesenden wahlberechtigten Personen. Über die Bürgerversammlung ist eine Niederschrift zu fertigen. Die Wahlprüfung ist Sache der Stadtverordnetenversammlung. Es gelten die §§ 55 bis 58 des BbgKWahlG entsprechend.

(4) Jeder Ortsbeirat ist vor der Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung gemäß § 46 BbgKVerf anzuhören.

(4) Im Ortsteil Mahlsdorf besteht der Ortsbeirat aus 3 Mitgliedern. Die unmittelbare Wahl des Ortsbeirates erfolgt in einer Bürgerversammlung. Die Bürgerversammlung besteht aus den nach § 86 Brandenburgischen Kommunalwahlgesetzes (nachfolgend BbgKWahlG) in dem Ortsteil wahlberechtigten Personen. Die Bürgerversammlung ist beschlussfähig, wenn ordnungsgemäß geladen wurde und mindestens 15 v.H. der Bürger anwesend sind. Die Einberufung erfolgt durch öffentliche Bekanntmachung von Ort, Zeit und Tagesordnung der Bürgerversammlung durch den Amtsdirektor in der nach § 14 Abs. 5 der Wahlleiter führt den Vorsitz der Bürgerversammlung. Gewählt wird geheim. Durch einstimmigen Beschluss der Bürgerversammlung kann vor der Wahl auf eine geheime Abstimmung verzichtet werden. Jeder in der Bürgerversammlung anwesende Wahlberechtigte kann Bewerber zur Wahl vorschlagen. Zur Wahl dürfen nur diejenigen Vorgeschlagenen zugelassen werden, die gegenüber dem Vorsitzenden ihr Einverständnis zur Kandidatur erklärt haben. Jeder Wahlberechtigte hat so viele Stimmen, wie Mitglieder des Ortsbeirates zu wählen sind und kann jedem Bewerber nicht mehr als eine Stimme geben. Zu Mitgliedern des Ortsbeirates gewählt sind die Bewerber, welche jeweils die meisten Stimmen auf sich vereinigen. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los, das der Vorsitzende zieht. Die Bürgerversammlung kann vor der Wahl abweichendes beschließen. Die gewählten Bewerber haben gegenüber dem Vorsitzenden in der Bürgerversammlung zu erklären, ob sie die Wahl annehmen. Nicht gewählte Kandidaten sind in der Reihenfolge der auf sie entfallenden Stimmenzahlen Ersatzpersonen. Für den Verlust der Mitgliedschaft gilt § 59 Abs. 1 Nr. 1 bis 7 BbgKWahlG entsprechend. Der Verzicht ist nur wirksam, wenn er gegenüber dem Wahlleiter erklärt wird. Der Wahlleiter stellt in den Fällen des § 59 Abs. 1 Nr. 1 bis 4,6 und 7 des BbgKWahlG den Verlust der Mitgliedschaft unverzüglich fest. Lehnt ein gewählter Bewerber die Wahl ab, stirbt ein Mitglied oder verliert es seinen Sitz, so geht der Sitz auf die erste Ersatzperson über. Der Wahlleiter benachrichtigt die Ersatzperson und gibt den Übergang des Sitzes in der Form des § 14 Abs. 5 der Hauptsatzung öffentlich bekannt. Die §§ 35, 36, 37, 39 Abs.1 und Abs. 2 Satz 1 BbgKVerf gelten ergänzend entsprechend. An die Stelle gesetzlich besonders vorgeschriebener Mehrheiten tritt die Mehrheit der anwesenden wahlberechtigten Personen. Über die Bürgerversammlung ist eine Niederschrift zu fertigen. Die Wahlprüfung ist Sache der Stadtverordnetenversammlung. Es gelten die §§ 55 bis 58 BbgKWahlG entsprechend.

<p>(5) Die Sitzungen jedes Ortsbeirates sind grundsätzlich öffentlich. § 7 Abs. 2 gilt entsprechend.</p> <p>(6) Für die Mitglieder des Ortsbeirates findet § 6 entsprechend Anwendung</p> <p>Hier gibt es rechtliche Bedenken hinsichtlich der Anwendbarkeit des Ortsteilrechts bei amtsangehörigen Gemeinden</p>	<p>(5) Jeder Ortsbeirat ist vor der Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung gemäß § 46 BbgKVerf anzuhören.</p> <p>(6) Die Sitzungen jedes Ortsbeirates sind grundsätzlich öffentlich. § 9 Abs. 2 gilt entsprechend.</p> <p>(7) Die Absätze (2) bis (6) entfallen mit Auslaufen der aktuellen Wahlperiode (2019 bis 2024) ersatzlos.</p>
<p>§ 2 Wappen und Flagge (10 BbgKVerf)</p> <p>(1) Die Stadt führt ein Wappen. Die Beschreibung ergibt sich aus dem Gutachten des Brandenburgischen Landeshauptarchivs vom 2. Juni 1992. Das Muster ist der Anlage 2 beigelegt.</p> <p>Beschreibung des Wappens: Von Rot über Silber geteilt; oben eine durchgängige silberne Mauer mit drei Türmen bedeckt, die mit Fenstern und blauen Spitzdächern versehen sind, sowie einem offenen roten Tor, unten ein auf grünem Boden links hin schreitender schwarzer Eber (links im heraldischen Sinn vom Schildträger ausgesehen).</p> <p>(2) Die Stadt führt eine Flagge. Die Beschreibung der Flagge ergibt sich aus dem Gutachten des Brandenburgischen Landeshauptarchivs vom 8. Juni 2016. Das Muster ist der Anlage 2 beigelegt.</p> <p>Beschreibung der Flagge: Von Rot, Weiß und Rot (Rot, Silber, Rot) zweimal im Verhältnis 1:2:1 gespalten, im Mittelstreifen mit dem Stadtwappen belegt.</p>	<p>§ 3 Wappen und Flagge</p> <p>(1) Die Stadt führt ein Wappen. Die Beschreibung ergibt sich aus dem Gutachten des Brandenburgischen Landeshauptarchivs vom 2. Juni 1992. Das Muster ist der Anlage 2 beigelegt.</p> <p>Beschreibung des Wappens: Von Rot über Silber geteilt; oben eine durchgängige silberne Mauer mit drei Türmen bedeckt, die mit Fenstern und blauen Spitzdächern versehen sind, sowie einem offenen roten Tor, unten ein auf grünem Boden links hin schreitender schwarzer Eber (links im heraldischen Sinn vom Schildträger ausgesehen).</p> <p>(2) Die Stadt führt eine Flagge. Die Beschreibung der Flagge ergibt sich aus dem Gutachten des Brandenburgischen Landeshauptarchivs vom 8. Juni 2016. Das Muster ist der Anlage 2 beigelegt.</p> <p>Beschreibung der Flagge: Von Rot, Weiß und Rot (Rot, Silber, Rot) zweimal im Verhältnis 1:2:1 gespalten, im Mittelstreifen mit dem Stadtwappen belegt.</p>
<p>§ 14 Geschlechtsspezifische Formulierungen</p> <p>Soweit in dieser Satzung oder in anderen Satzungen oder Veröffentlichungen der Stadt Funktionen mit einem geschlechtsspezifischen Begriff beschrieben werden, gilt die entsprechende Bestimmung für alle Geschlechter gleichermaßen.</p>	<p>Abschnitt 2: Grundsätze für Satzungen oder sonstige Veröffentlichungen</p> <p>§ 4 Geschlechtsspezifische Formulierungen</p> <p>Sind Funktionen in dieser Satzung oder in anderen Satzungen oder Veröffentlichungen der Stadt Götzen mit einem geschlechtsspezifischen Begriff bezeichnet, beschreibt dieser Begriff die Funktion stets unabhängig von der Geschlechtsidentität der sie bekleidenden Person.</p>
<p>§ 3 Förmliche Einwohnerbeteiligung (§ 13 BbgKVerf)</p> <p>(1) Neben Einwohneranträgen (§ 14 BbgKVerf), Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden (§ 15 BbgKVerf) beteiligt die Stadt ihre betroffenen Einwohner in wichtigen Stadtangelegenheiten förmlich mit folgenden Mitteln:</p>	<p>Abschnitt 3: Einwohnerbeteiligung</p> <p>§ 5 Beteiligung und Unterrichtung der Einwohner</p> <p>(1) Die Stadt beteiligt und unterrichtet die betroffenen Einwohner in wichtigen Angelegenheiten insbesondere mit folgenden Mitteln:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) Einwohnerfragestunde b) Einwohnerversammlung c) Einwohnerbefragung

<p>1. Einwohnerfragestunde der Stadtverordnetenversammlung, darin enthalten eine Jugendeinwohnerfragestunde</p> <p>2. Einwohnerversammlungen</p> <p>3. Einwohnerbefragungen</p> <p>(2) Das Nähere regelt die Satzung über die Einzelheiten der förmlichen Einwohnerbeteiligung in der Stadt Golßen.</p>	<p>d) Informationen und Bekanntmachungen im Amtsblatt und in den Bekanntmachungskästen</p> <p>e) Auslegen der öffentlichen Beschlussvorlagen zur Einsicht für die Einwohner im jeweiligen Sitzungsraum</p> <p>f) Einwohnerantrag gemäß § 14 BbgKVerf</p> <p>g) Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 15 BbgKVerf</p> <p>(2) Eine wichtige Angelegenheit liegt vor, wenn diese nicht nur eine geringe oder vorübergehende Auswirkung auf das Zusammenleben und das Leben der Einwohner der Stadt oder des Ortsteils hat. Die Betroffenheit der Einwohner wird dann angenommen, wenn eine Angelegenheit nach Satz 1 mittelbar oder unmittelbar Einfluss auf deren Lebensumstände haben kann.</p>
<p>§ 8 Beteiligung und Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen (§ 18a BbgKVerf)</p> <p>(1) Kinder und Jugendliche werden in Stadtangelegenheiten beteiligt und Ihnen eine Mitwirkungsmöglichkeit eingeräumt, wenn sie von den Stadtangelegenheiten berührt sind.</p> <p>(2) Die in § 3 Absatz 1 Nr. 1 bis 3 genannten Formen sind für die Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen offen. Darüber hinaus richtet die Stadt Golßen folgende weitere Formen der Beteiligung und Mitwirkung ein:</p> <p>1. Die Stadtverordnetenversammlung kann einen Vertreter als Kinder- und Jugendbeauftragten benennen, der die Interessen der Kinder und Jugendlichen wahrnimmt.</p> <p>2. Den Jugendsprechern, die von den Vereinen oder Jugendclubs benannt werden, wird die Möglichkeit eingeräumt, die Interessen der Kinder und Jugendlichen in der Stadtverordnetenversammlung zu vertreten.</p> <p>3. Ferner wird auch den gewählten Schulsprechern die in Abs. 2 Nr. 2 bezeichnete Möglichkeit eingeräumt.</p> <p>(3) Bei der Durchführung von Planungen und Vorhaben, die die Interessen der Kinder und Jugendlichen berühren, vermerkt der Kinder- und Jugendbeauftragte, wie die Beteiligung durchgeführt wurde.</p> <p>(4) Über die die Kinder und Jugendliche betreffenden Stadtangelegenheiten informiert der Kinder- und Jugendbeauftragte. Ferner kann die Bekanntgabe auch über weitere Kanäle wie Aushänge in Kindergärten, in Jugendclubs, in der Grundschule und in sozialen Medien erfolgen.</p>	<p>§ 6 Beteiligung und Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen</p> <p>(1) Kinder und Jugendliche werden in Stadtangelegenheiten beteiligt und Ihnen wird eine Mitwirkungsmöglichkeit eingeräumt, wenn sie von den Stadtangelegenheiten berührt sind.</p> <p>(2) Die in § 5 Absatz 1 Nr. 1 bis 3 genannten Formen sind für die Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen offen.</p> <p>Darüber hinaus richtet die Stadt Golßen folgende weitere Formen der Beteiligung und Mitwirkung ein:</p> <p>1. Die Stadtverordnetenversammlung kann einen Vertreter als Kinder- und Jugendbeauftragten benennen, der die Interessen der Kinder und Jugendlichen wahrnimmt.</p> <p>2. Den Jugendsprechern, die von den Vereinen oder Jugendclubs benannt werden, wird die Möglichkeit eingeräumt, die Interessen der Kinder und Jugendlichen in der Stadtverordnetenversammlung zu vertreten.</p> <p>3. Ferner wird auch den gewählten Schulsprechern die in Abs. 2 Nr. 2 bezeichnete Möglichkeit eingeräumt.</p> <p>4. Im Rahmen der Stadtverordnetenversammlung wird der Tagesordnungspunkt Kinder- und Jugendfragestunde im Anschluss an die Einwohnerfragestunde dauerhaft eingeführt.</p> <p>(3) Bei der Durchführung von Planungen und Vorhaben, die die Interessen der Kinder und Jugendlichen berühren, überwacht der Kinder- und Jugendbeauftragte nach Abs. 2 Nr. 1 die Beteiligung.</p> <p>(4) Über die die Kinder und Jugendliche betreffenden Stadtangelegenheiten informiert der Kinder- und Jugendbeauftragte. Ferner kann die Bekanntgabe auch über weitere Kanäle wie Aushänge in</p>

	Kindergärten, in Jugendclubs, in der Grundschule und in sozialen Medien erfolgen.
<p>Bisher Einwohnerbeteiligungssatzung</p> <p>§ 1 Allgemeines (entfällt)</p> <p>Für die in § 3 der Hauptsatzung der Stadt Golßen vom 15.12.2008 aufgeführten Formen der Einwohnerbeteiligung werden folgende Einzelheiten bestimmt:</p> <p>§ 2 Einwohnerfragestunde der Stadtverordnetenversammlung In öffentlichen Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung sind alle Personen, die in der Stadt ihren ständigen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben (Einwohner), berechtigt, kurze mündliche Fragen zu Beratungsgegenständen dieser Sitzung oder anderen Stadtangelegenheiten an die Stadtverordnetenversammlung oder den Amtsdirektor zu stellen sowie Vorschläge oder Anregungen zu unterbreiten (Einwohnerfragestunde). Die Einwohnerfragestunde soll 30 Minuten nicht überschreiten. Jeder Einwohner kann sich im Regelfall zu bis zu drei unterschiedlichen Themen zu Wort melden. Die Wortmeldungen sollen drei Minuten nicht überschreiten. Kann eine Frage nicht in der Sitzung mündlich beantwortet werden, ist eine schriftliche Antwort zugelassen.</p>	<p>§ 7 Einwohnerfragestunde</p> <p>(1) In öffentlichen Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung sind alle Personen, die in der Stadt ihren ständigen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben (Einwohner), berechtigt, kurze mündliche Fragen zu Beratungsgegenständen dieser Sitzung oder anderen Stadtangelegenheiten an die Stadtverordnetenversammlung oder den Amtsdirektor zu stellen sowie Vorschläge oder Anregungen zu unterbreiten (Einwohnerfragestunde). Die Einwohnerfragestunde soll 30 Minuten nicht überschreiten. Jeder Einwohner kann sich im Regelfall zu bis zu drei unterschiedlichen Themen zu Wort melden. Die Wortmeldungen sollen drei Minuten nicht überschreiten. Kann eine Frage nicht in der Sitzung mündlich beantwortet werden, ist eine schriftliche Antwort zugelassen.</p> <p>(2) Abs. 1 gilt für die Kinder- und Jugendfragestunde entsprechend</p>
<p>§ 3 Einwohnerversammlung (Einwohnerbeteiligungssatzung) (1) Wichtige Stadtangelegenheiten sollen mit den Einwohnern erörtert werden. Zu diesem Zweck können Einwohnerversammlungen für das Gebiet und Teile des Gebietes der Stadt durchgeführt werden. (2) Der ehrenamtliche Bürgermeister beruft unter Angabe der Tagesordnung und ggf. des Gebietes, auf das die Einwohnerversammlung begrenzt wird, die Einwohnerversammlung ein. Die Einberufung erfolgt durch öffentliche Bekanntmachung von Ort, Zeit und Tagesordnung der Einwohnerversammlung entsprechend den Vorschriften für die Bekanntmachung der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung. Der ehrenamtliche Bürgermeister oder eine von diesem beauftragte Person leitet die Einwohnerversammlung. Alle Personen, die in der Stadt</p>	<p>§ 8 Einwohnerversammlung</p> <p>(1) Wichtige Stadtangelegenheiten sollen mit den Einwohnern erörtert werden. Zu diesem Zweck können Einwohnerversammlungen für das Gebiet und Teile des Gebietes der Stadt durchgeführt werden. (2) Der ehrenamtliche Bürgermeister beruft unter Angabe der Tagesordnung und ggf. des Gebietes, auf das die Einwohnerversammlung begrenzt wird, die Einwohnerversammlung ein. Die Einberufung erfolgt durch öffentliche Bekanntmachung von Ort, Zeit und Tagesordnung der Einwohnerversammlung entsprechend den Vorschriften für die Bekanntmachung der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung. Der ehrenamtliche Bürgermeister oder eine von diesem beauftragte Person leitet die Einwohnerversammlung. Alle Personen, die in der Stadt bzw. in dem begrenzten Gebiet ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben, haben</p>

<p>bzw. in dem begrenzten Gebiet ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben, haben bei der Meinungsfindung in der Einwohnerversammlung Rede- und Stimmrecht. Über die Einwohnerversammlung ist eine Niederschrift zu fertigen. Die Niederschrift ist vom Sitzungsleiter zu unterzeichnen und dem Amtsdirektor und der Stadtverordnetenversammlung zuzuleiten.</p> <p>(3) Die Einwohnerschaft kann beantragen, dass eine Einwohnerversammlung durchgeführt wird. Der Antrag muss schriftlich eingereicht werden und die zu erörternde Stadtangelegenheit bezeichnen. Der Antrag darf nur Angelegenheiten angeben, die innerhalb der letzten zwölf Monate nicht bereits Gegenstand einer Einwohnerversammlung waren. Antragsberechtigt sind alle Einwohner. Der Antrag muss von mindestens fünf vom Hundert der Einwohner der Stadt unterschrieben sein.</p>	<p>bei der Meinungsfindung in der Einwohnerversammlung Rede- und Stimmrecht. Über die Einwohnerversammlung ist eine Niederschrift zu fertigen. Die Niederschrift ist vom Sitzungsleiter zu unterzeichnen und dem Amtsdirektor und der Stadtverordnetenversammlung zuzuleiten.</p> <p>(3) Die Einwohnerschaft kann beantragen, dass eine Einwohnerversammlung durchgeführt wird. Der Antrag muss schriftlich eingereicht werden und die zu erörternde Stadtangelegenheit bezeichnen. Der Antrag darf nur Angelegenheiten angeben, die innerhalb der letzten zwölf Monate nicht bereits Gegenstand einer Einwohnerversammlung waren. Antragsberechtigt sind alle Einwohner. Der Antrag muss von mindestens fünf vom Hundert der Einwohner der Stadt unterschrieben sein.</p>
<p>Bisher nicht geregelt</p>	<p>§ 9 Einwohnerbefragung</p> <p>(1) Die Stadtverordnetenversammlung kann in wichtigen Angelegenheiten gemäß § 5 dieser Satzung der örtlichen Gemeinschaft (§ 2 BbgKVerf) auf Antrag von mindestens einem Zehntel der Stadtverordneten, von einer Fraktion oder vom Bürgermeister eine Befragung der betroffenen Einwohner des gesamten Stadtgebietes oder einzelner Gebietsteile beschließen. Dieser Beschluss ist mit der Mehrheit der gesetzlichen Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung zu fassen. Der Beschluss muss eine Sachverhaltsdarstellung, die konkrete Fragestellung sowie den Zeitraum für die Befragung sowie die zu befragende Einwohnerschaft oder Bevölkerungsgruppe angeben. Der Befragungszeitraum soll frühestens 8 Wochen, spätestens 12 Wochen nach Beschlussfassung beginnen und einen Zeitraum von vier Wochen umfassen. Der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung ist zeitnah in vollem Wortlaut im Amtsblatt für die Stadt Königs Wusterhausen bekanntzugeben.</p> <p>(2) Die Frage ist grundsätzlich so zu stellen, dass sie mit „Ja“ oder „Nein“ beantwortet werden kann oder eine eindeutige Auswahl zwischen unterschiedlichen Varianten möglich ist.</p> <p>(3) Teilnahmeberechtigt sind alle Einwohner der Stadt Golßen, die am Befragungstag oder am letzten Tag des Befragungszeitraumes das 16. Lebensjahr</p>

	<p>vollendet haben und mindestens seit drei Monaten vor Beginn des Befragungszeitraumes in der Stadt ihren Wohnsitz haben.</p> <p>(4) Die Leitung der Vorbereitung und Durchführung der Befragung sowie die Feststellung und öffentliche Bekanntgabe des Ergebnisses obliegt dem ehrenamtlichen Bürgermeister gemeinsam mit dem Amtsdirektor als Hauptverwaltungsbeamten. Die Befragung erfolgt in Form einer Briefwahl entsprechend den Vorschriften des BbgKWahlG. Eine Wahl im Rathaus ist ausgeschlossen. Den betroffenen Einwohnern ist der Befragungsinhalt so rechtzeitig zuzusenden, dass diese ihn vor Beginn des Befragungszeitraumes erhalten. Die Rücksendung oder Rückgabe der Befragungsunterlagen muss bis zum dritten Tag nach dem Ende des Befragungszeitraumes bewirkt sein. Später eingegangene Briefe bleiben bei der Auswertung unberücksichtigt. Die Auswertung der Befragung muss binnen zwei Wochen nach Ende des Befragungszeitraumes abgeschlossen sein. Der Amtsdirektor macht das Ergebnis der Befragung im nächsten Amtsblatt für die Stadt Golßen bekannt unter Angabe der Zahl der Befragten, der Zahl der eingegangenen Antworten sowie der Zahl der nicht gültigen und damit nicht ausgewerteten Antworten. Er informiert außerdem die Stadtverordnetenversammlung unverzüglich nach Feststellung des Ergebnisses.</p> <p>(5) Die Befragung ist gültig, wenn mindestens 20 vom Hundert der Berechtigten teilgenommen haben. Das Ergebnis der Befragung ist nicht bindend. Das Ergebnis der Befragung soll nach Ablauf des Befragungszeitraums auf der nächsten ordentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung behandelt werden.</p>
<p>§ 4 – Auslegung und Einsicht von Beschlussvorlagen (Einwohnerbeteiligungssatzung)</p> <p>(1) Jeder ist berechtigt, Beschlussvorlagen zu den in öffentlicher Sitzung der Stadtverordnetenversammlung und des Hauptausschusses der Stadt Golßen zu behandelnden Tagesordnungspunkten einzusehen.</p> <p>(2) Dieses Recht kann während der öffentlichen Sprechzeiten der Amtsverwaltung ab dem 5. Tag vor der öffentlichen Sitzung in den Verwaltungsstandorten des Amtes Unterspreewald am Hauptstandort: Markt 1, 15938 Golßen und am Nebenstandort: Hauptstraße 49, 15910 Schönwald im Vorzimmer des Amtsdirektors wahrgenommen werden.</p>	<p>§ 10 Einwohnerunterrichtung</p> <p>(1) Jeder ist berechtigt, Beschlussvorlagen zu den in öffentlicher Sitzung der Stadtverordnetenversammlung und des Hauptausschusses der Stadt Golßen zu behandelnden Tagesordnungspunkten einzusehen.</p> <p>(2) Dieses Recht kann während der öffentlichen Sprechzeiten der Amtsverwaltung ab dem 5. Tag vor der öffentlichen Sitzung in den Verwaltungsstandorten des Amtes Unterspreewald am Hauptstandort: Markt 1, 15938 Golßen und am Nebenstandort: Hauptstraße 49, 15910 Schönwald im Vorzimmer des Amtsdirektors wahrgenommen werden.</p>

<p>(3) Zusätzlich werden die vorbezeichneten Unterlagen (mindestens fünf Exemplare) für den öffentlichen Teil der jeweiligen Sitzung mit der für diese Sitzung bekanntgemachten Tagesordnung für Besucher vor der Sitzung zur Einsichtnahme zur Verfügung gestellt.</p> <p>(4) Nach Beschlussfassung durch den Hauptausschuss bzw. der Stadtverordnetenversammlung können Kopien der Beschlüsse und Niederschriften vom öffentlichen Teil der Sitzungen sowie die Niederschriften aller anderen öffentlichen Sitzungen auch der freiwilligen Ausschüsse sowie Ortsteilvertretungen der letzten 3 Jahre in den unter Absatz 2 vorbezeichneten Standorten eingesehen werden</p>	<p>(3) Zusätzlich werden die vorbezeichneten Unterlagen (je ein Exemplar) für den öffentlichen Teil der jeweiligen Sitzung mit der für diese Sitzung bekanntgemachten Tagesordnung für Besucher vor der Sitzung zur Einsichtnahme zur Verfügung gestellt.</p> <p>(4) Die Niederschriften der öffentlichen Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und des Hauptausschusses werden, sobald sie in der Folgesitzung bestätigt wurden, auf der Internetseite des Amtes Unterspreewald im Ratsinformationssystem der Stadt Golßen veröffentlicht. Dabei werden die Namen und sonstigen persönlichen Angaben von Bürgern, Mitarbeitern der Verwaltung oder sonstigen Rednern mit Ausnahme der Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung anonymisiert.</p> <p>(5) Nach Beschlussfassung durch den Hauptausschuss bzw. der Stadtverordnetenversammlung können Kopien der Beschlüsse und Niederschriften vom öffentlichen Teil der Sitzungen sowie die Niederschriften aller anderen öffentlichen Sitzungen auch der freiwilligen Ausschüsse der letzten 3 Jahre in den unter Absatz 2 vorbezeichneten Standorten eingesehen werden</p>
<p>Bisher nicht geregelt</p>	<p>§ 11 Petitionen</p> <p>(1) Petitionen gemäß § 16 BbgKVerf, die an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet sind, sind schriftlich oder zur Niederschrift einzureichen. Sie sind unverzüglich an die Stadtverordnetenversammlung weiterzuleiten.</p> <p>(2) Der Hauptausschuss wird vorberatend als Petitionsausschuss für die Stadtverordnetenversammlung tätig. Er kann den Petenten anhören. An die Stadtverordnetenversammlung gerichtete Petitionen sind dem Hauptausschuss in seiner nächsten Sitzung unmittelbar vorzulegen. Zu eingegangenen Petitionen legt die Verwaltung dem Hauptausschuss zugleich eine Stellungnahme vor. Der Hauptausschuss trifft seine Entscheidungen unter Beachtung der Zuständigkeiten der Stadtverordnetenversammlung und des Amtsdirektors</p> <p>(3) Der ehrenamtliche Bürgermeister als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung teilt dem Petenten grundsätzlich innerhalb von vier Wochen nach Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung mit, wie über die Petition entschieden wurde. Auf Grundlage der Empfehlung des Hauptausschusses und der Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung legt der Amtsdirektor dem ehrenamtlichen Bürgermeister innerhalb von zwei Wochen nach der Entscheidung</p>

	der Stadtverordnetenversammlung einen Antwortvorschlag hierfür vor.
<p>§ 4 Gleichstellungsbeauftragte (§ 18 BbgKVerf)</p> <p>(1) Die Aufgabe der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Golßen wird von der Gleichstellungsbeauftragten des Amtes Unterspreewald wahrgenommen. Die Gleichstellungsbeauftragte vom Amt Unterspreewald wird vom Amtsausschuss auf Vorschlag des Amtsdirektors benannt.</p> <p>(2) Der Gleichstellungsbeauftragten ist Gelegenheit zu geben, zu Maßnahmen und Beschlüssen, die Auswirkungen auf die Gleichstellung der Geschlechter haben, Stellung zu nehmen. Die Gleichstellungsbeauftragte nimmt das Recht wahr, indem sie sich an den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung oder des Ausschusses wendet und den abweichenden Standpunkt schriftlich darlegt. Der Vorsitzende unterrichtet die Stadtverordneten oder den Ausschuss hierüber in geeigneter Weise und kann der Gleichstellungsbeauftragten Gelegenheit geben, den abweichenden Standpunkt in einer der nächsten Sitzungen persönlich vorzutragen.</p>	<p>4. Abschnitt Beiräte und Beauftragte</p> <p>§ 12 Gleichstellung und soziale Integration</p> <p>(1) Die Aufgabe der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Golßen wird von der Gleichstellungsbeauftragten des Amtes Unterspreewald wahrgenommen. Die Gleichstellungsbeauftragte vom Amt Unterspreewald wird vom Amtsausschuss auf Vorschlag des Amtsdirektors benannt.</p> <p>Er wirkt auf die Gleichstellung von Frau und Mann in Beruf, öffentlichem Leben und Ausbildung, Familie sowie in den Bereichen der sozialen Sicherheit hin. Ihm obliegen darüber hinaus die Aufgabenbereiche für die soziale Integration der Einwohner mit Behinderungen und der Einwohner, die nicht über die deutsche Staatsangehörigkeit verfügen.</p> <p>(2) Dem Gleichstellungsbeauftragten ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, bevor Maßnahmen getroffen und Beschlüsse gefasst werden, die Auswirkungen auf die Gleichstellung von Frau und Mann haben. Weichen seine Auffassungen von denen des Amtsdirektors oder des ehrenamtlichen Bürgermeisters ab und ist ein Einvernehmen nicht zu erreichen, hat er das Recht, sich an die Stadtverordnetenversammlung oder die zuständigen Ausschüsse zu wenden.</p> <p>(3) Der Gleichstellungsbeauftragte nimmt dieses Recht wahr, indem er sich an den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung oder des Ausschusses wendet und den abweichenden Standpunkt schriftlich darlegt. Der Vorsitzende unterrichtet die Stadtverordnetenversammlung oder den Ausschuss hierüber in geeigneter Weise und kann dem Gleichstellungsbeauftragten Gelegenheit geben, den abweichenden Standpunkt in einer der nächsten Sitzungen persönlich vorzutragen.</p> <p>(4) Für die weiteren Rechte, Aufgaben, Kompetenzen und die dienstliche Stellung gelten die §§ 22 bis 24 des Gesetzes zur Gleichstellung von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst im Land Brandenburg entsprechend.</p>
§ 9 Seniorenbeirat (§ 19 BbgKVerf)	§ 13 Seniorenbeirat

<p>(1) Zur Vertretung der Interessen der Senioren der Stadt Golßen benennt die Stadtverordnetenversammlung auf Vorschlag des ehrenamtlichen Bürgermeisters für einen Zeitraum von 3 Jahren einen Seniorenbeirat. Der Beirat führt die Bezeichnung „Seniorenbeirat der Stadt Golßen“.</p> <p>(2) Dem Beirat gehören 3 Mitglieder für die Organisation an. Mitglied des Seniorenbeirates können Personen sein, die ihren Hauptwohnsitz in der Stadt Golßen und deren Ortsteile haben. Sie sind ehrenamtlich (§ 20 BbgKVerf) tätig.</p> <p>(3) Der Seniorenbeirat ist zu allen Stadtverordnetenversammlungen einzuladen und kann am öffentlichen Teil der Sitzung teilnehmen.</p>	<p>(1) Zur Vertretung der Interessen der Senioren der Stadt Golßen benennt die Stadtverordnetenversammlung auf Vorschlag der drei nach Mitgliedern stärksten Fraktionen für einen Zeitraum von 3 Jahren einen Seniorenbeirat.</p> <p>Jede Fraktion hat das Vorschlagsrecht für ein Beiratsmitglied.</p> <p>Zählt die Stadtverordnetenversammlung weniger als drei Fraktionen, hat bei zwei Fraktionen die nach Mitgliedern stärkste zwei Vorschlagsrechte, die übrige Fraktion ein Vorschlagsrecht. Bei einer Fraktion steht dieser das alleinige Vorschlagsrecht zu.</p> <p>Der Beirat führt die Bezeichnung „Seniorenbeirat der Stadt Golßen“.</p> <p>(2) Dem Beirat gehören 3 Mitglieder für die Organisation an. Mitglied des Seniorenbeirates können nur Personen sein, die ihren Hauptwohnsitz in der Stadt Golßen haben. Sie sind ehrenamtlich (§ 20 BbgKVerf) tätig.</p> <p>(3) Der Seniorenbeirat ist zu allen Stadtverordnetenversammlungen einzuladen und kann am öffentlichen Teil der Sitzung teilnehmen.</p>
<p>§ 7 Öffentlichkeit der Sitzungen (§ 36 BbgKVerf)</p> <p>(1) Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung werden spätestens 5 Tage vor der Sitzung nach § 13 Abs. 4 dieser Hauptsatzung bekannt gemacht.</p> <p>(2) Die Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse sind öffentlich. Die Öffentlichkeit ist auszuschließen, wenn überwiegend Belange des öffentlichen Wohls oder berechnigte Interessen Einzelner es erfordern.</p>	<p>5. Abschnitt Stadtverordnetenversammlung</p> <p>§ 14 Öffentlichkeit der Sitzungen</p> <p>(1) Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung werden spätestens 5 Tage vor der Sitzung nach § 13 Abs. 4 dieser Hauptsatzung bekannt gemacht.</p> <p>(2) Die Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse sind öffentlich. Die Öffentlichkeit ist auszuschließen, wenn überwiegend Belange des öffentlichen Wohls oder berechnigte Interessen Einzelner es erfordern. Dies ist regelmäßig bei folgenden Gruppen von Angelegenheiten der Fall:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) Personal- und Disziplinarangelegenheiten, b) Grundstücksgeschäfte, c) Abgaben- und Wirtschaftsangelegenheiten Einzelner, d) Aushandlungen von Verträgen mit Dritten.
<p>§ 6 Mitteilungspflicht von ausgeübtem Beruf oder anderer Tätigkeit (§ 31 Abs. 3 BbgKVerf)</p> <p>(1) Stadtverordnete und sachkundige Einwohner teilen dem ehrenamtlichen Bürgermeister als Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung innerhalb von vier Wochen nach der konstituierenden Sitzung der Stadtverordnetenversammlung bzw. im Falle einer Berufung als Ersatzperson nach Annahme der Wahl schriftlich ihren ausgeübten Beruf sowie andere</p>	<p>§ 15 Mitteilungspflicht von ausgeübtem Beruf oder anderer Tätigkeit</p> <p>(1) Stadtverordnete und sachkundige Einwohner teilen dem ehrenamtlichen Bürgermeister als Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung innerhalb von vier Wochen nach der konstituierenden Sitzung der Stadtverordnetenversammlung bzw. im Falle einer Berufung als Ersatzperson nach Annahme der Wahl schriftlich ihren ausgeübten Beruf sowie andere vergütete oder ehrenamtliche Tätigkeiten mit, soweit</p>

<p>vergütete oder ehrenamtliche Tätigkeiten mit, soweit sie für die Ausübung des Mandates von Bedeutung sein kann. Anzugeben sind:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. der ausgeübte Beruf mit Angabe des Arbeitgebers bzw. des Dienstherrn und der Art der Beschäftigung oder Tätigkeit. Bei mehreren ausgeübten Berufen ist der Schwerpunkt der Tätigkeit anzugeben. 2. jede Mitgliedschaft im Vorstand, Aufsichtsrat oder einem gleichartigen Organ einer juristischen Person mit Sitz oder Tätigkeitsschwerpunkt in der Stadt. <p>(2) Jede Änderung der nach Absatz 1 gemachten Angaben ist dem Bürgermeister als Vorsitzendem der Stadtverordnetenversammlung innerhalb von vier Wochen nach ihrem Eintritt schriftlich mitzuteilen.</p> <p>(3) Die Angaben nach Abs. 1 werden nicht bekannt gemacht.</p>	<p>sie für die Ausübung des Mandates von Bedeutung sein kann. Anzugeben sind:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. der ausgeübte Beruf mit Angabe des Arbeitgebers bzw. des Dienstherrn und der Art der Beschäftigung oder Tätigkeit. Bei mehreren ausgeübten Berufen ist der Schwerpunkt der Tätigkeit anzugeben. 2. jede Mitgliedschaft im Vorstand, Aufsichtsrat oder einem gleichartigen Organ einer juristischen Person mit Sitz oder Tätigkeitsschwerpunkt in der Stadt. <p>(2) Jede Änderung der nach Absatz 1 gemachten Angaben ist dem Bürgermeister als Vorsitzendem der Stadtverordnetenversammlung innerhalb von vier Wochen nach ihrem Eintritt schriftlich mitzuteilen.</p> <p>(3) Die Angaben nach Abs. 1 werden nicht bekannt gemacht.</p>
<p>§ 5 Entscheidungen der Stadtverordnetenversammlung über Vermögensgegenstände der Stadt (§ 28 Abs. 2 Nr. 17 BbgKVerf)</p> <p>(1) Die Stadtverordnetenversammlung ist für alle Angelegenheiten der Stadt zuständig, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist.</p> <p>(2) Die Stadtverordnetenversammlung behält sich die Entscheidung vor:</p> <ol style="list-style-type: none"> a) über die Übernahme von Bürgschaften, den Abschluss von Gewährverträgen und die Bestellung anderer Sicherheiten für Dritte, sowie Rechtsgeschäfte, die den vorgenannten wirtschaftlich gleichkommen, ferner die Aufnahme von Krediten, ab einem Wert von 20.000 EURO, es sei denn, es handelt sich um ein Geschäft der laufenden Verwaltung. b) über den Abschluss, die Änderung und Aufhebung von Grundstücks- und Vermögensgeschäften, ab einem Wert von 20.000 EURO, es sei denn, es handelt sich um ein Geschäft der laufenden Verwaltung. c) Stundung, Niederschlagung und Erlass von Forderungen und öffentlichen Abgaben der Stadt ab einem Wert 2.500 EURO. <p>(3) Die Stadtverordnetenversammlung behält sich folgendes Geschäft vor, soweit es sich nicht um eine Angelegenheit der Gefahrenabwehr handelt, für das ansonsten der Amtsdirektor zuständig ist: - Zustimmung von Vergabeentscheidungen der Verwaltung bei Auftragsvergaben nach VOB, UVgO, VgV, GWB ab einem Wert von 20.000 EURO. Davon ausgenommen ist die Zustimmung zur Verfahrensbekanntmachung und zu den Vergabeunterlagen.</p>	<p>§ 16 Wertgrenzen bei Entscheidungen der Stadtverordnetenversammlung über Vermögensgegenstände der Stadt</p> <p>(1) Die Stadtverordnetenversammlung ist für alle Angelegenheiten der Stadt zuständig, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist.</p> <p>(2) Die Stadtverordnetenversammlung behält sich die Entscheidung vor:</p> <ol style="list-style-type: none"> a) über die Übernahme von Bürgschaften, den Abschluss von Gewährverträgen und die Bestellung anderer Sicherheiten für Dritte, sowie Rechtsgeschäfte, die den vorgenannten wirtschaftlich gleichkommen, ferner die Aufnahme von Krediten, ab einem Wert von 20.000 EURO, es sei denn, es handelt sich um ein Geschäft der laufenden Verwaltung. b) über den Abschluss, die Änderung und Aufhebung von Grundstücks- und Vermögensgeschäften, ab einem Wert von 20.000 EURO, es sei denn, es handelt sich um ein Geschäft der laufenden Verwaltung. c) Stundung, Niederschlagung und Erlass von Forderungen und öffentlichen Abgaben der Stadt ab einem Wert 2.500 EURO. <p>(3) Die Stadtverordnetenversammlung behält sich folgendes Geschäft vor, soweit es sich nicht um eine Angelegenheit der Gefahrenabwehr handelt, für das ansonsten der Amtsdirektor zuständig ist: - Zustimmung von Vergabeentscheidungen der Verwaltung bei Auftragsvergaben nach VOB, UVgO, VgV, GWB ab einem Wert von 20.000 EURO. Davon ausgenommen ist die Zustimmung zur Verfahrensbekanntmachung und zu den Vergabeunterlagen.</p>

<p>(4) Das Geschäft der laufenden Verwaltung sind anfallende wiederkehrende (Routine-)Geschäfte. Das Vorliegen eines Geschäfts der laufenden Verwaltung ist jeweils mit Blick auf die Finanz- und Verwaltungskraft zu beurteilen. Die interne Entscheidungsbefugnis über die Vornahme eines Geschäfts der laufenden Verwaltung liegt beim Hauptverwaltungsbeamten.</p>	<p>(4) Das Geschäft der laufenden Verwaltung sind anfallende wiederkehrende (Routine-)Geschäfte. Das Vorliegen eines Geschäfts der laufenden Verwaltung ist jeweils mit Blick auf die Finanz- und Verwaltungskraft zu beurteilen. Die interne Entscheidungsbefugnis über die Vornahme eines Geschäfts der laufenden Verwaltung liegt beim Hauptverwaltungsbeamten.</p>
<p>§ 10 Hauptausschuss (49 Abs. 1 Satz 2 BbgKVerf)</p> <p>(1) Der Hauptausschuss hat die Arbeiten der Ausschüsse aufeinander abzustimmen und kann zu jeder Stellungnahme eines anderen Ausschusses eine eigene Stellungnahme gegenüber der Stadtverordnetenversammlung abgeben.</p> <p>(2) Die Stadtverordnetenversammlung legt in ihrer ersten Sitzung die Anzahl der Stadtverordneten, die Mitglied im Hauptausschuss sind, fest und wählt die Mitglieder nach § 41 BbgKVerf aus ihrer Mitte.</p> <p>(3) Der Vorsitzende wird aus der Mitte der Mitglieder des Hauptausschusses gewählt, sofern nicht die Stadtverordnetenversammlung in ihrer ersten Sitzung beschließt, dass der ehrenamtliche Bürgermeister den Vorsitz im Hauptausschuss führt.</p> <p>(4) Der Hauptausschuss verhandelt in öffentlicher Sitzung mit Ausnahme der Angelegenheiten entsprechend § 7 Abs. 2 dieser Satzung.</p> <p>(5) Der Hauptausschuss beschließt über Angelegenheiten, die nicht der Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung bedürfen oder die nicht dem Amtsdirektor obliegen, insbesondere über:</p> <p>a) die Übernahme von Bürgschaften, den Abschluss von Gewährverträgen und die Bestellung anderer Sicherheiten für Dritte sowie Rechtsgeschäfte, die den vorgenannten wirtschaftlich gleichkommen, ferner die Aufnahme von Krediten bis zu einem Wert von 20.000 EURO, es sei denn, es handelt sich um ein Geschäft der laufenden Verwaltung,</p> <p>b) den Abschluss, die Änderung und Aufhebung von Grundstücks- und Vermögensgeschäften, bis zu einem Wert von 20.000 EURO, es sei denn, es handelt sich um ein Geschäft der laufenden Verwaltung,</p> <p>c) Zustimmung von Vergabeentscheidungen der Verwaltung bei Auftragsvergaben nach VOB; UVgO, bis zu einem Wert von 20.000 EURO, es sei denn, es handelt sich um ein Geschäft der laufenden</p>	<p>§ 17 Hauptausschuss</p> <p>(1) Der Hauptausschuss hat die Arbeiten der Ausschüsse aufeinander abzustimmen und kann zu jeder Stellungnahme eines anderen Ausschusses eine eigene Stellungnahme gegenüber der Stadtverordnetenversammlung abgeben.</p> <p>(2) Die Stadtverordnetenversammlung legt in ihrer ersten Sitzung die Anzahl der Stadtverordneten, die Mitglied im Hauptausschuss sind, fest und wählt die Mitglieder nach § 41 BbgKVerf aus ihrer Mitte.</p> <p>(3) Der Vorsitzende wird aus der Mitte der Mitglieder des Hauptausschusses gewählt, sofern nicht die Stadtverordnetenversammlung in ihrer ersten Sitzung beschließt, dass der ehrenamtliche Bürgermeister den Vorsitz im Hauptausschuss führt.</p> <p>(4) Der Hauptausschuss verhandelt in öffentlicher Sitzung mit Ausnahme der Angelegenheiten entsprechend § 14 Abs. 2 dieser Satzung.</p> <p>(5) Der Hauptausschuss beschließt über Angelegenheiten, die nicht der Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung bedürfen oder die nicht dem Amtsdirektor obliegen, insbesondere über:</p> <p>a) die Übernahme von Bürgschaften, den Abschluss von Gewährverträgen und die Bestellung anderer Sicherheiten für Dritte sowie Rechtsgeschäfte, die den vorgenannten wirtschaftlich gleichkommen, ferner die Aufnahme von Krediten bis zu einem Wert von 20.000 EURO, es sei denn, es handelt sich um ein Geschäft der laufenden Verwaltung,</p> <p>b) den Abschluss, die Änderung und Aufhebung von Grundstücks- und Vermögensgeschäften, bis zu einem Wert von 20.000 EURO, es sei denn, es handelt sich um ein Geschäft der laufenden Verwaltung,</p> <p>c) Zustimmung von Vergabeentscheidungen der Verwaltung bei Auftragsvergaben nach VOB; UVgO, bis zu einem Wert von 20.000 EURO, es sei denn, es handelt sich um ein Geschäft der laufenden Verwaltung. Davon ausgenommen ist die Zustimmung</p>

<p>Verwaltung. Davon ausgenommen ist die Zustimmung zur Verfahrensbekanntmachung und zu den Vergabeunterlagen.</p> <p>d) Beschwerden und Anregungen, die an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet sind,</p> <p>e) Stundung, Niederschlagung und Erlass von Forderungen und öffentlichen Abgaben der Stadt bis zu einem Wert von 2.500 EURO.</p> <p>(6) Das Geschäft der laufenden Verwaltung sind anfallende wiederkehrende (Routine-)Geschäfte. Das Vorliegen eines Geschäfts der laufenden Verwaltung ist jeweils mit Blick auf die Finanz- und Verwaltungskraft zu beurteilen. Die interne Entscheidungsbefugnis über die Vornahme eines Geschäfts der laufenden Verwaltung liegt beim Hauptverwaltungsbeamten.</p>	<p>zur Verfahrensbekanntmachung und zu den Vergabeunterlagen.</p> <p>d) Beschwerden und Anregungen, die an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet sind,</p> <p>e) Stundung, Niederschlagung und Erlass von Forderungen und öffentlichen Abgaben der Stadt bis zu einem Wert von 2.500 EURO.</p> <p>(6) Das Geschäft der laufenden Verwaltung sind anfallende wiederkehrende (Routine-)Geschäfte. Das Vorliegen eines Geschäfts der laufenden Verwaltung ist jeweils mit Blick auf die Finanz- und Verwaltungskraft zu beurteilen. Die interne Entscheidungsbefugnis über die Vornahme eines Geschäfts der laufenden Verwaltung liegt beim Hauptverwaltungsbeamten.</p>
<p>§ 11 Weitere beratende Ausschüsse (§ 43 Abs. 1 BbgKVerf)</p> <p>Die Stadtverordnetenversammlung kann zur Vorbereitung ihrer Beschlüsse und zur Kontrolle der Verwaltung aus ihrer Mitte gemäß § 43 Abs. 1 BbgKVerf bei Bedarf ständige oder zeitweilige Ausschüsse bilden. Zahl, Art und personelle Stärke werden durch Beschluss der Stadtverordnetenversammlung festgelegt. Näheres regelt die Geschäftsordnung der Stadt Golßen.</p>	<p>§ 18 Weitere beratende Ausschüsse</p> <p>(1)Die Stadtverordnetenversammlung bildet zur Vorbereitung ihrer Beschlüsse beratende Ausschüsse. Die Einrichtung von Unterausschüssen und Arbeitskreisen innerhalb von Fachausschüssen bedarf der Zustimmung des Hauptausschusses</p> <p>(2) Zahl, Art und personelle Stärke werden grundsätzlich zu Beginn einer jeden Wahlperiode durch Beschluss der Stadtverordnetenversammlung festgelegt. Die Einrichtung von Unterausschüssen und Arbeitskreisen ist jederzeit durch entsprechenden Beschluss möglich. Die Fraktionen benennen entsprechend ihrem Vorschlagsrecht die Ausschussmitglieder und ihre Stellvertreter gegenüber dem ehrenamtlichen Bürgermeister. Die Stadtverordnetenversammlung stellt die Sitzverteilung und die namentliche Ausschussbesetzung durch deklaratorischen Beschluss fest. Näheres regelt die Geschäftsordnung der Stadt Golßen.</p>
<p>Bisher nicht geregelt</p>	<p>6. Abschnitt Gemeindebedienstete</p> <p>§ 19 Entscheidungen zu Arbeitnehmern und Beamten der Stadt</p> <p>(1)Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:</p> <p>a. über das Ergebnis des Bewerberauswahlverfahrens bei der Begründung eines Beamtenverhältnisses</p> <p>b. über die Einstellung und Entlassung von tariflich Beschäftigten der Stadt Golßen</p> <p>(2) Die Stadtverordnetenversammlung ist an der Vorbereitung der Ausschreibung und am Auswahlverfahren aller Stellen der Stadt Golßen zu beteiligen. Dabei soll der Ausschreibungstext durch Mehrheitsbeschluss der</p>

	<p>Stadtverordnetenversammlung bestätigt werden und mindestens ein Vertreter jeder Fraktion bei den Auswahlgesprächen beteiligt sein.</p> <p>(3) Der ehrenamtliche Bürgermeister oder ein von ihm Beauftragter führt mindestens zweimal im Jahr Mitarbeitergespräche mit allen Mitarbeitern der Stadt zur Förderung, Motivation und zur Ermittlung der Bedarfe für die Haushaltsplanung durch.</p>
<p>§ 13 Bekanntmachungen</p> <p>(1) Bekanntmachungen erfolgen durch den Amtsdirektor.</p> <p>(2) Soweit keine sondergesetzlichen Vorschriften bestehen, erfolgen öffentliche Bekanntmachungen der Stadt, die durch Rechtsvorschriften vorgeschrieben sind, durch Veröffentlichungen des vollen Wortlautes im Amtsblatt für das Amt Unterspreewald mit den Gemeinden Bersteland, Drahnisdorf, Kasel-Golzig, Krausnick-Groß Wasserburg, Rietzneuendorf-Staakow, Schlepzig, Schönwald, Steinreich, Unterspreewald und der Stadt Golßen. Dies umfasst auch durch Rechtsvorschrift vorgeschriebene ortsübliche Bekanntmachungen.</p> <p>(3) Sind Pläne, Karten oder Zeichnungen Bestandteil einer Satzung oder eines sonstigen Schriftstückes, kann die öffentliche Bekanntmachung dieser Teile in der nach Absatz 2 vorgeschriebenen Form dadurch ersetzt werden, dass sie zu jedermanns Einsicht während der öffentlichen Sprechzeiten ausgelegt werden (Ersatzbekanntmachung). Die Ersatzbekanntmachung wird vom Amtsdirektor angeordnet. Die Anordnung muss die genauen Angaben über Ort und Dauer der Auslegung enthalten und ist zusammen mit der Satzung nach Absatz 2 zu veröffentlichen. Die Dauer der Auslegung beträgt, sofern gesetzlich nichts anderes bestimmt wird, 14 Kalendertage. Beginn und Ende der Auslegung sind aktenkundig zu machen.</p> <p>(4) Abweichend von Absatz 2 werden Zeit, Ort, und Tagesordnung der Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und der eingerichteten Ausschüsse durch Aushang in den aufgeführten Bekanntmachungskästen der Stadt Golßen öffentlich bekannt gemacht:</p> <p>Golßen: Bahnhofstraße 15 Hauptstraße 26/Ecke Lübbener Straße Hauptstraße 41 (Klinkermauer)</p> <p>Altgolßen: Dorfstraße 20</p> <p>Prierow: gegenüber Prierow Nr. 14</p> <p>Landwehr:</p>	<p>7. Abschnitt Sonstige Angelegenheiten</p> <p>§ 20 Bekanntmachungen</p> <p>(1) Bekanntmachungen erfolgen durch den Amtsdirektor.</p> <p>(2) Soweit keine sondergesetzlichen Vorschriften bestehen, erfolgen öffentliche Bekanntmachungen der Stadt, die durch Rechtsvorschriften vorgeschrieben sind, durch Veröffentlichungen des vollen Wortlautes im Amtsblatt für das Amt Unterspreewald mit den Gemeinden Bersteland, Drahnisdorf, Kasel-Golzig, Krausnick-Groß Wasserburg, Rietzneuendorf-Staakow, Schlepzig, Schönwald, Steinreich, Unterspreewald und der Stadt Golßen. Dies umfasst auch durch Rechtsvorschrift vorgeschriebene ortsübliche Bekanntmachungen. Soweit eine Veröffentlichung im Internet vorgeschrieben ist, erfolgt diese auf der Internetseite des Amtes Unterspreewald.</p> <p>(3) Sind Pläne, Karten oder Zeichnungen Bestandteil einer Satzung oder eines sonstigen Schriftstückes, kann die öffentliche Bekanntmachung dieser Teile in der nach Absatz 2 vorgeschriebenen Form dadurch ersetzt werden, dass sie zu jedermanns Einsicht während der öffentlichen Sprechzeiten ausgelegt werden (Ersatzbekanntmachung). Die Ersatzbekanntmachung wird vom Amtsdirektor angeordnet. Die Anordnung muss die genauen Angaben über Ort und Dauer der Auslegung enthalten und ist zusammen mit der Satzung nach Absatz 2 zu veröffentlichen. Die Dauer der Auslegung beträgt, sofern gesetzlich nichts anderes bestimmt wird, 14 Kalendertage. Beginn und Ende der Auslegung sind aktenkundig zu machen.</p> <p>(4) Abweichend von Absatz 2 werden Zeit, Ort, und Tagesordnung der Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und der eingerichteten Ausschüsse durch Aushang in den aufgeführten Bekanntmachungskästen der Stadt Golßen öffentlich bekannt gemacht:</p> <p>Golßen: Bahnhofstraße 15 Hauptstraße 26/Ecke Lübbener Straße Hauptstraße 41 (Klinkermauer)</p> <p>Altgolßen: Dorfstraße 20</p> <p>Prierow:</p>

<p>Landwehr 16 OT Mahlsdorf: vor dem Grundstück - Mahlsdorf Nr. 18 A OT Zützen: Zützen - vor dem Grundstück – Am Gutshof 10 Sagritz - vor dem Grundstück - Sagritz 17 – Gersdorf - vor dem Grundstück - Gersdorf 22 – Die Schriftstücke sind 5 volle Tage vor dem Sitzungstag auszuhängen, den Tag des Anschlages nicht mitgerechnet. Die Abnahme darf frühestens am Tag nach der Sitzung erfolgen. Der Tag des Anschlags ist beim Anschlag und der Tag der Abnahme bei der Abnahme auf dem ausgehängten Schriftstück durch die Unterschrift des jeweiligen Bediensteten zu vermerken. Bei abgekürzter Ladungsfrist erfolgt der Aushang am Tag, nachdem die Ladung zur Post gegeben wurde. (5) Abweichend von Absatz 2 werden Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzungen der Ortsbeiräte durch Aushang in den nachstehen aufgeführten Bekanntmachungskästen der Stadt im jeweiligen Ortsteil öffentlich bekannt gemacht: Ortsbeirat des Ortsteiles Zützen: Zützen - vor dem Grundstück – Am Gutshof 10 - Sagritz - vor dem Grundstück - Sagritz 17 Gersdorf - vor dem Grundstück - Gersdorf 22 – Ortsbeirat des Ortsteiles Mahlsdorf: vor dem Grundstück - Mahlsdorf Nr. 18 A (6) Die öffentliche Zustellung erfolgt gemäß § 1 Abs. 1 Verwaltungszustellungsgesetz für das Land Brandenburg (BbgVwZg) vom 18.10.1991 (GVBl. I S. 457) i. V. m. § 15 Verwaltungszustellungsgesetz (VwZg) vom 12.08.2005 (BGBl. I S. 2354), beide Gesetze in der jeweils geltenden Fassung, durch den Aushang in den in Absatz 4 genannten Bekanntmachungskästen.</p>	<p>gegenüber Prierow Nr. 14 Landwehr: Landwehr 16 OT Mahlsdorf: vor dem Grundstück - Mahlsdorf Nr. 18 A OT Zützen: Zützen - vor dem Grundstück – Am Gutshof 10 Sagritz - vor dem Grundstück - Sagritz 17 – Gersdorf - vor dem Grundstück - Gersdorf 22 – Die Schriftstücke sind 5 volle Tage vor dem Sitzungstag auszuhängen, den Tag des Anschlages nicht mitgerechnet. Die Abnahme darf frühestens am Tag nach der Sitzung erfolgen. Der Tag des Anschlags ist beim Anschlag und der Tag der Abnahme bei der Abnahme auf dem ausgehängten Schriftstück durch die Unterschrift des jeweiligen Bediensteten zu vermerken. Bei abgekürzter Ladungsfrist erfolgt der Aushang am Tag, nachdem die Ladung zur Post gegeben wurde. (5) Abweichend von Absatz 2 werden Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzungen der Ortsbeiräte durch Aushang in den nachstehen aufgeführten Bekanntmachungskästen der Stadt im jeweiligen Ortsteil öffentlich bekannt gemacht: Ortsbeirat des Ortsteiles Zützen: Zützen - vor dem Grundstück – Am Gutshof 10 - Sagritz - vor dem Grundstück - Sagritz 17 Gersdorf - vor dem Grundstück - Gersdorf 22 – Ortsbeirat des Ortsteiles Mahlsdorf: vor dem Grundstück - Mahlsdorf Nr. 18 A (6) Die öffentliche Zustellung erfolgt gemäß § 1 Abs. 1 Verwaltungszustellungsgesetz für das Land Brandenburg (BbgVwZg) vom 18.10.1991 (GVBl. I S. 457) i. V. m. § 15 Verwaltungszustellungsgesetz (VwZg) vom 12.08.2005 (BGBl. I S. 2354), beide Gesetze in der jeweils geltenden Fassung, durch den Aushang in den in Absatz 4 genannten Bekanntmachungskästen.</p>
<p>Bisher nicht geregelt</p>	<p>§ 21 Öffentliche Zustellung</p> <p>Die öffentliche Zustellung erfolgt nach § 1 Abs. 1 Verwaltungszustellungsgesetz für das Land Brandenburg in Verbindung mit § 10 Verwaltungszustellungsgesetz durch Veröffentlichung im Amtsblatt für das Amt Unterspreewald.</p>
<p>§ 15 Inkrafttreten</p> <p>(1) Diese Hauptsatzung tritt mit dem Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig</p>	<p>§ 22 Inkrafttreten und Außerkrafttreten</p> <p>(1) Diese Hauptsatzung tritt mit dem Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt</p>

[illegible]